Das Info aus der Flora
Nummer 49
Mai 96



JAA

STOPPT CASTOR

Termine

Filmveranstaltung zum 8.Mai 45:
Linke in Deutschland; Widerstand und Isolation
Nach einem Beitrag über die Isolation der Linken in Deutschland und die bedeutung des 8.Mai heute wird der Spielfilm: "Dein unbekannter Bruder" (Defa 1982) über einen jungen Kommunisten 1934 in Hamburg gezeigt.
8.5. 20 Uhr, 3001 Kino, Schanzenstr.75

HIPHOP-DUB-REGGAE-PARTY zugunsten der Betroffenen der Polizeiübergriffe während der Anti-Haider-Demo am 30.5.94
10.5. Volxcafe Uni/Philosophenturm, ab 21 Uhr

Vorbereitungstreffen gegen die **öffentliche Rekrutenvereidigung** der Bundeswehr in Berlin am 31.5.:
12.5. 16 Uhr, Liz

Veranstaltungshinweis für Frauen/Lesben
"FrauenLesben in Rußland" - Vorführung des Videos "Orangene Westen" und anschließende Diskussion.
23.5. 19 Uhr, ASTA-Referat der FrauenLesben, Van-Melle-Park 5

Autonomes Frauenseminar:
Dokumentarfilmreihe zum NS-Gedächtnis
Nationalsozialismus und Frauen: Täterinnen, Opfer, Widerstandskämpferinnen?
Shoa, Dokumentarfilm von Claude Lanzmann (1986)
Di 7.5. 18 Uhr, Teil 1 (150 min), Mi 8.5. 20 Uhr, Teil 2 (120 min), Fr 10.5. 16 Uhr, Teil 3 (150 min), Di 14.5. 18 Uhr, Teil 4 (140 min)
Hotel Terminus, Dokumentarfilm von Marcel Ophuls (1988), 240 min, Mi 15.5. 18.30 Uhr
Die Rattenlinie, Film über die Fluchtwege der Nazis nach 1945, 75 min, Di 21.5. 18 Uhr
Die macht der Bilder, Dok. v. Ray Müller über Leni Riefenstahl (1994), Di 4.6. 18 Uhr, Teil 1 (100 min), Mi 5.6. 18.30 Uhr, Teil 2 (97 min, anschl. Diskussion)
Frauen um Hitler, z.B. Eva Braun, Mi 12.6. 18 Uhr
Alle Veranstaltungen im FrauenLesbenraum des ASTA, Van-Melle-Park 5.
Die Veranstaltungsreihe läuft bis zum Juli 96









20 Jahre radikal
Geschichte und Perspektiven autonomer Medien
Eine Gemeinschaftsausgabe von Verlag Libertäre Assoziation, Unrast Verlag, Schwarze Risse/Rote Straße, Edition ID-Archiv

Das Buch 20 Jahre radikal wird zum Anlaß genommen, einige Fragen zur Geschichte und Perspektive linksradikaler Medien zu stellen. In verschiedenen Beiträgen wird sich mit dem gegenwärtigen Stand der linksradikalen Zeitschriftenlandschaft, der staatlichen Zensur, dem Thema Knast und Exil, sowie den Problemen einer offenen und verdeckten Erscheinungsweise beschäftigt. Unabhängig von der Zeitschrift radikal soll auch die Möglichkeit linksradikaler und autonomer Medien und Kommunikationstechniken diskutiert werden.

240 Seiten, viele Abbildungen, 29,80 DM

Inhalt

kurzes & vermischtes S.4 u.5
Schwarzmarktfrauen zur Arranca S.6
Kunst gegen Todesstrafe - eine Ausstellung S.9
Zur Sexismus-Auseinandersetzung im LiZ S.10
Öffentlichmachung eines Vergewaltigers S.12
Tagung gegen den Schlußstrich S.13
Altpapiersammelstelle wieder eröffnet S.14
Zum Verfahren gegen Safwan Eid S.14
Elli goes Fokü S.15
Faschismustheorie und Antifamobilisierung S.16
Prozeß gegen den Faschisten Gary Lauck S.18
Birgit Hogefeld-Verfahren S.19
Sternschnuppen gegen Machleidt S.20
Das KOMM in Nürnberg S.22
Termine auf der Rückseite

Im Ordner:

- Sexismus im LIZ
- Offener Brief zum Kongreß gegen den Neoliberalismus in Berlin
- Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld
- Soligruppe Hamburg zur Anifa (M)
- Chiapas-Bündnis Hamburg zum Konflikt um Droste

Hanna Krabbe

Möglicherweise kommt Hanna Krabbe noch im Mai diesen Jahres nach annähernd 22 Jahren Haft endlich frei.
Da sie eine psychiatrische Begutachtung abgelehnt hatte, bestanden die Behörden für das formaljuristische Verfahren auf einem psychiatrisches Gutachten "nach Aktenlage" und der Befragung von SchließerInnen. Die Stellungnahme hierzu ist jetzt endlich - nach monatelanger Verzögerung - erschienen und spricht sich für ihre Freilassung aus. Daß endlich Bewegung in das Verfahren gekommen ist, wird vorallem dem wachsenden öffentlichen Druck zugerechnet.

ständige Termine in der Roten Flora

Caféöffnungszeiten:
Mo. 17 - 21 Uhr
Di und Mi 16 - 21 Uhr
Do 17 - 21 Uhr
Sa ab 11:30 und bei Veranstaltungen
montags 18 - 20 Uhr Motorradselbsthilfe
18 Uhr Baurat
20 Uhr vegane Fokü
dienstags Dubcafé 16 Uhr
18 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe
donnerstags 17 - 19 Uhr Fahrradselbsthilfe
20 Uhr vegane Fokü (jeden 1. und 3.)
vegetarische Fokü (jeden 2. und 4.)
samstags ab 11:30 Uhr Frühstück
16 - 19 Uhr Fahrradselbsthilfe
sonntags 12 Uhr (jede 1. und 3.) FrauenLesbenfrühstück

Einleitendes

So, da sind wir wieder, immer noch ungeheftet. Wenn die Büttel aber weiterhin versuchen werden, unsere Innenseiten zu klauen, wird sich das ändern, dann sollen sie schon richtig zu schleppen haben, auf das ihnen dabei der Arm abfällt. Was wahr und wichtig ist, wird dennoch weiterhin seine Verbreitung finden. In diesem Sinne handelten auch einige GenossInnen, die umgehend die inkriminierten Seiten gut sichtbar an den Häuserwänden des Schanzenviertels plazierten.
Ob die Durchsuchung des Buchladens (siehe auch Erklärung auf Seite 4) und die Beschlagnahme der Castor-Broschüre und 59 unserer Mittelseiten ein juristisches Nachspiel haben werden, ist vorerst noch nicht absehbar. Von irendwelchen Ermittlungen ist auf jeden Fall aber auszugehen. Wir finden es daher wichtig, nochmal auf die Unangebrachtheit von Spekulationen über eventuelle MacherInnen dieser oder jener Zeitung zu verweisen.

Kurz etwas zu zwei Texten, die vor allem aus Platzgründen im Ordner gelandet sind:
1. Erklärung des Chiapas-Bündnisses Hamburg zum Konflikt um "Land und Freiheit" und Droste. Der Text ist inhaltlich im wesentlichen deckungsgleich mit der in der letzten Zeck abgedruckten Erklärung einer Gruppe des Bündnisses. WelcheR genaueres zu der Auseinandersetzung wissen/nachvollziehen will, sollte sich ruhig die Mühe machen, mal im Ordner nachzusehen.(Ordner stehen in der Flora und im Schwarzmarkt.)
2. Die Stellungnahme der Soligruppe Hamburg zur Antifa (M) sei im folgenden kurz zusammengefaßt: Das Vorgehen der Antifa (M) im Konflikt um den Vergewaltiger in ihrer Gruppe wird von der Soligruppe strikt abgeleht, da es von Frauen erkämpfte Positionen aufweicht bzw. angreift. Die Soligruppe begründet weiter in der Stellungnahme, warum sie im Rahmen des §129-Verfahrens gegen die (M) dennoch mit dieser zusammenarbeitet. Auch hier bietet der Ordner genaueres.

Zuguterletzt:
Letztmöglicher Termin für die Abgabe lobender, dankender, wütender, empörter, anregender, spannender Repliken war, ist und bleibt der 20.!!!!

In diesem Sinne, eure Redaktion

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats
Abos: Zeck gibts im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer (noch) dringend vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir aber selbstverständlich nicht).
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Buchladen im Schanzenviertel durchsucht

Die Presseerklärung des Buchladens:

Heute morgen, am 3.04.96, wurden unsere Geschäftsräume am Schulterblatt 55 vom LKA durchsucht. Anlaß war die Broschüre "55 Millionen plus X" hrsg. von der Republik Freies Wendland, in der "auf den Seiten 18 und 19 detailliert Angaben darüber gemacht werden, wie Sprengsätze zur Sprengung von Strommasten und Schienensträngen herzustellen sind" (zitiert aus dem Durchsuchungsbeschluss).

Uns wird die Verbreitung dieser Broschüre entsprechend § 130 StGB vorgeworfen: Verbreitung einer Schrift, die geeignet ist, zu Straftaten aufzurufen.

Kurz nach Öffnung des Ladens um 9 Uhr 40 betraten 5 LKA'ler und ein Trupp Uniformierter (10-12) den Laden, weitere Uniformierte postierten sich vor Eingang und Schaufenster und ließen niemanden mehr herein. In Anwesenheit unserer kurz darauf erschienenen Anwälten, die verhinderten, daß sämtliche Geschäftsunterlagen beschlagnahmt wurden, suchten sie relativ gezielt nach der Broschüre und Hinweisen auf deren UrheberInnen. Sie beschlagnahmten zwei Exemplare, außerdem eine vollständige Ausgabe der neuesten Zeck - das Info aus der Roten Flora - und 59 Exemplare des mittleren Einlegeblattes mit u.a. einer aus der gesuchten Broschüre, sowie eine Radikal Nr. 151.

Wieder einmal sollen wir als linker Buchladen gezwungen werden, politische Veröffentlichungen zu zensieren und damit die Verbreitung linker Inhalte zu verhindern.

In erster Linie richtet sich das Vorgehen des Staatsschutzes jedoch gegen den radikalen Widerstand der Anti-AKW-Bewegung. Nach Ostern werden im Wendland die nächsten Castor-Transporte erwartet. Unter dem Motto "DEN CASTOR STOPPEN BEVOR ER LOSFÄHRT - TAG X2 - JETZT ERST RECHT" läuft die Mobilisierung um diese Transporte zu politisch und praktisch zu verhindern. Kein Wunder, daß der Staatsschutz aktiv wird.

Kleiner Leserbrief zum Leserbrief in der letzten ZECK

Eigentlich können einem die GenossInnen der AIZ leid tun: seit nunmehr vier Jahren stehen die im antiimperialistischen Kampf und fahren heimgewerkelte Brand- und Sprengsätze durchs Land. Regelmäßig verfassen sie ihre schriftlichen Ausarbeitungen, die von gewissenhafter Lektüre von u.a. Spiegel, FR und FAZ zeugen. Außerdem verbindet die AIZ diese Arbeit in letzter Zeit mit der Bekanntmachung bundestagsabgeordneter Hinterbänkler. Doch trotz aller dieser Anstrengungen mochte bis jetzt kaum jemandE diese deutsche Guerilla so recht ins Herz schlieáen; solide recherchierte Erklärungen, handwerklich korrekte Brand- und Sprengsätze und gemütvolle Zielpersonen sind der aufregende Mix, von dem aus die revolutionäre Perspektive der AIZ das Herannahen der Befreiung ins Auge faát. Nicht genug also, daß die AIZ so allein auf weiter Flur steht, selbst jene GenossInnen, die für die AIZ sich in die Bresche werfen, versauen es restlos! Hat die AIZ selbst die Spirale der Begriffs- und Substanzlosigkeit schon ziemlich weit gedreht, schafft es der Leserbrief des Anonymus "Hans Wurst" in der letzten ZECK, es noch ein wenig weiter zu treiben! Herr Wurst findet, daß man Linkssein nicht definieren könne, daß das ganze eher eine Sache so Pi mal Daumen sei; und überhaupt, wenn vegane Vokü und Techno die Weihen der undogmatischen Linken bekämen, wieso dürfe denn dann nicht auch die AIZ mitmachen? Schließlich: wer mit Rückenschmerzen und seinem Shiatsulehrer im Glashaus sitzt, der darf nicht mit Steinen nach Leuten werfen, die nicht mit der Realität klarkommen. Sagt "Hans Wurst". Mit den zuletzt genannten Leuten meinte Hans Wurst die von der AIZ. Vorher hatte er die "potentiell tödlichen Aktionen" der AIZ mit veganer Vokü und Techno verglichen. Was schon ziemlich geschmacklos ist für Veganer und Raver. Andererseits: vielleicht hat Hans Wurst mehr über das Wesen der AIZ verstanden, als wir alle zusammen, denn er schrieb ja auch, daß die Skala der Schwachmaten-Aktionen nach oben offener denn je sei. Präziser hätte niemand das Problem des Gegenstands fassen können...

Jacob Kreuzfeld

Dokumentation: 16.04.96

Erklärung

wir haben heute morgen zwischen 5 und 6 uhr an der bahnstrecke ahrensburg - rahlstedt, rahlstedt - ahrensburg gleisanlagen sabotiert.

durch die sabotage waren zu keiner zeit menschenleben gefährdet. mit dieser aktion wollen wir auf die rolle der deutschen bahn im zusammenhang mit atommülltransporten aufmerksam machen. solange die deutsche bahn atommülltransporte durchführt, wird sie weiterhin ziel von sabotage-aktionen sein.

wenn der castor rollt wirds teuer!

bis dann s.abotage

Als eine weitere Anti-Castor-Aktion in Hamburg wurden am 15.4.96(?) **die Scheiben von zwei HEW-Kundenbüros** in der Osterstr. und in der Großen Bergstr. eingeworfen und Buttersäure verschüttet.

Dokumentation:

Here comes the summer...

Auf dem Laue-Areal haben die Bauarbeiten begonnen.

Wir haben mit einer Sofortmaßnahme am Montagabend schon mal ausgetestet, was die Scheiben vom Planungsbüro in der Ludwiggstraße aushalten. Leider ging dabei nur eine zu Bruch.

Über zwei Jahre wird das Bauspektakel dauern. Die Innenhöfe werden bereits abgerissen. Nicht nur auf dem Laue-Areal wird spekuliert und Geld gemacht. Am Pferdemarkt werden Wohnungen geräumt und luxussaniert. Eine bundesweite Kneipenkette (Zille) hat sich dort ebenfalls eingerichtet.

Wir lassen uns unsere Viertel nicht zerstören! Wir fordern alle dazu auf, militant zu werden und gegen die Umstrukturierung vorzugehen. Nächtliche Besuche am Bauplatz, Wagensportliga, Olympische Schanzenspiele ... Der Sommer wird lang, heiß ..., und er ist da! Laßt ihn euch schmecken ...

KIEZRANDALE GEGEN UMSTRUKTURIERUNG

WIDERSTAND STATT MITTELSTAND

15.4.96 kommando hans erich dabelstein

Auf nach Büren!

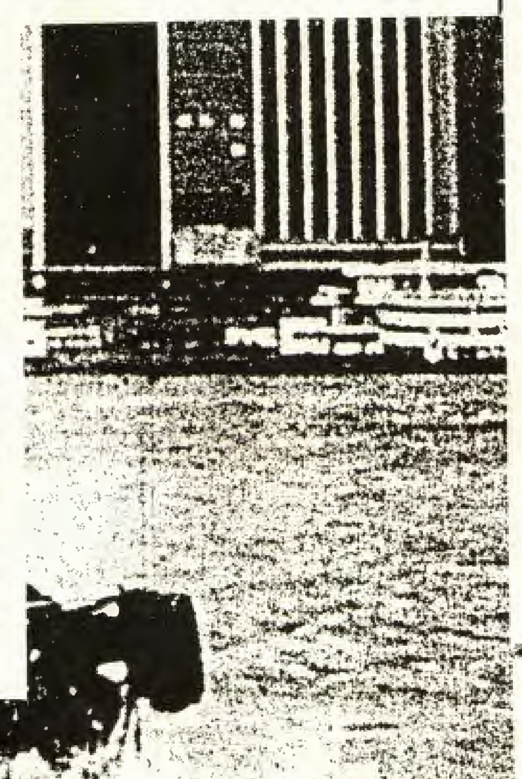
Für den 26.5.96 (Pfingstsonntag) - exakt drei Jahre nach der Abschaffung des Asylrechts - rufen antirassistische Initiativen und Flüchtlings-UnterstützerInnengruppen aus Nordrhein-Westfalen zu einer bundesweiten Demonstration gegen den größten bundesdeutschen Abschiebeknast im westfälischen Büren auf.
Zahlreiche Gruppen aus ganz Deutschland unterstützen die Demo, so auch die Hamburger Glasmoorgruppe. Auch in den letzten beiden Jahren wurde im Mai in Büren gegen das Sondergefängnis mitten im Wald demonstriert, damals jedoch eher in der Form einer regionalen Demo mit 600, bzw. 1600 TeilnehmerInnen. Wie in den vergangenen Jahren wird es dieses mal eine Kundgebung direkt am Knast und anschließend eine Demonstration durch Büren mit Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz geben. Für den 25.5. planen die OrganisatorInnen der Aktion eine Tagesveranstaltung im 20 km entfernten Paderborn. TeilnehmerInnen der Demo werden Schlafplätze angeboten, damit sie schon zur Veranstaltung anreisen können. Für den Abend des 25. ist ein Konzert mit politisch engagierten bands geplant.
Die Tagesveranstaltung unter dem Motto "Grenzziehungen" teilt sich nach der bisherigen Planung in drei Foren, die hintereinander stattfinden sollen. Das erste Forum unter dem Titel "Grenzübertritte" wird sich u.a. mit der rassistischen Menschenjagd des Bundesgrenzschutzes an der Westgrenze der BRD, dem "Modell Deutschland" der Lager und Knäste, Frauenhandel und Zwangsprostitution, sowie illegalisierten ArbeiterInnen beschäftigen. Unter dem Schlagwort "Be-Lager-ungen" wird es anschließend um Funktion und Geschichte von Lagern in Deutschland gehen (mit Berichten aus dem KZ Dachau, der "Anschlußunterkunft" in Schöppingen und dem Knast Büren), bevor im Forum "Was heißt denn hier Rassismus?" hintergründig zu Realitäten von Flüchtlingen in Deutschland referiert wird. "Ist Rassismus Männersache?" fragt in diesem Rahmen beispielsweise Birgit Rommelspacher, und Fatima Hartmann (Vorsitzende des Rom.eV.) berichtet über Romarealitäten in Köln.
Die Glasmoorgruppe hat Busse für die Fahrt nach Büren/Paderborn organisiert. Wer schon am Samstag anreisen und die Foren besuchen will, zahlt 40,-DM für den Bus und 35,-DM für Übernachtung, zwei Essen, die Veranstaltungen und das Konzert. Wer nur zur Demo will, kann am Sonntag für 25,-DM mit dem Bus fahren. Karten gibt es im Antirassistischen Telefon, im Schwarzmarkt, in der Buchhandlung im Schanzenviertel.
Weitere Informationen beim Antirassistischen Telefon (040 / 43 15 87)

Informationsveranstaltung zu Abschiebeknästen am Beispiel von Büren/NRW und Glasmoor/Hamburg am 8.Mai 1996 um 19.30 Uhr im "Haus für Alle".
Aus NRW berichtet ein Referent über den Abschiebeknast Büren und die rot-grüne Abschiebepolitik, die Glasmoorgruppe stellt die aktuellen Entwicklungen dar, ausserdem wird ein Film gezeigt über Büren.



Antifaschisten vor Gericht

Zu einer 15-monatigen Haftstrafe ohne Bewährung (!!) wurde am 16.4. Armin G. verurteilt, weil er den Faschisten und Rechtsanwalt Jürgen Rieger am 30.8.95 am Rande des Prozesses gegen die Betreiber des "Nationalen Info-Telefons", in dem Rieger als Verteidiger der angeklagten Faschisten fungierte, zusammengeschlagen haben soll. Armin will in die Berufung gehen und muß daher zunächst nicht in den Knast.
Freisprüche gab es dagegen im Norderstedter Verfahren gegen zwei Antifaschisten, denen "Hausfriedensbruch" vorgeworfen wurde, weil sie am 23.9.95 anläßlich eines Konzertes am Abschiebeknast Glasmoor Gefängniszaune uberklettert haben sollen.



Veranstaltungsreihe am Fachbereich Jura II: radikal: Der Versuch ist strafbar

Organisiert von StudentInnen des Fachbereichs Jura II in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsplenum finden im Mai und Juni Veranstaltungen zum aktuellen Stand des radikal-Verfahrens, zu den §§129/129a sowie zur Kriminalisierung von Kommunikation und dem sog. großen Lauschangriff statt.

Das "radikal"-Verfahren zeigt, in welchem Ausmaß die §§129/129a StGB als flächendeckende Ermittlungsparagraphen gegen die außerparlamentarische linke Opposition dienen.
Es zeigt, wie Beschuldigte weitgehend rechtlos gestellt und unter Sonderhaftbedingungen in Untersuchungshaft genommen werden können - die damit als Ersatzstrafhaft funktioniert.
Es zeigt, wie auf dem Umweg über Strafgesetzbuch-Paragraphen das Recht auf Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit nachhaltig eingeschränkt wird.
Es zeigt, wie schwerwiegende Grundrechtseingriffe, hier in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, problemlos vollzogen werden können. Der große Lauschangriff, über den auf Bundesebene noch diskutiert wird, ist hier bereits in exemplarischer Weise durchgeführt worden.

6. Mai
Kommunikation & Kriminalisierung
ReferentInnen:
Jutta Ditfuhrt (Ökologische Linke, Journalistin, Frankfurt)
Klaus Viehmann (Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg)
Helmuth Jipp (Rechtsanwalt, Hamburg)
Moderation Oliver Tolmein (Journalist, Hamburg)

20. Mai
Freier fahnden mit § 129a
ReferentInnen: Edda Weßlau (FB Jura, Uni Bremen)
Ursula Ehrhardt (Rechtsanwaltin, Hamburg)
zwei Beschuldigte aus dem radi-Verfahren

3. Juni
Der große Lauschangriff kommt, ein weiteres Grundrecht geht
ReferentInnen:
Manfred Such (MbB, Bundnis 90/Die Grunen, Bonn)
Sebastian Scheerer (FB Kriminologie, Hamburg)
Barbara Klawitter (Rechtsanwaltin, Hannover)
Moderation: Oliver Tolmein

Veranstaltungsort: Horsaal M - Universität Hamburg Hauptgebäude /Edmund-Siemers Allee 8)
Beginn: jeweils 19 Uhr

Transparenz in der Zensur

oder: Warum wir die Arranca Nr. 8 nicht verkaufen

Mit ihrer neuesten Ausgabe hat die Arranca-Redaktion ein Heft zum Schwerpunkt Sexualität vorgelegt, das bei uns schon beim Durchblättern der Zeitung heftige Bauchschmerzen auslöste: Mehrere sexistische Fotos waren der Auslöser für uns, die Zeitung erstmal nicht zu vertreiben, sondern zunächst die Texte lesen und besprechen zu wollen. Von Anfang an war klar, daß wir dieses Heft nicht kommentarlos stehen lassen wollen/können - die sich anschließende Frage war, ob unser Kommentar der Ausgabe beigelegt werden soll oder ob wir nur unsere Stellungnahme veröffentlichen und die Zeitung nicht verbreiten, also "wegzensieren".

Zensur im allgemeinen ...

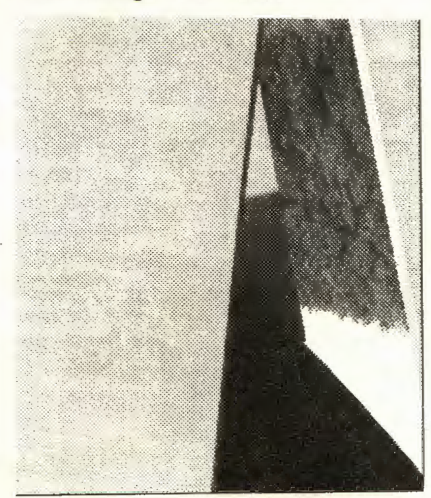
Da wir - gerade auch bezogen auf diese Arranca-Nummer - mit dem "Vorwurf der Zensur" konfrontiert wurden, wollen wir an dieser Stelle nochmal grundsätzlich etwas zu ZENSUR sagen: In vielen Fällen wird Zensur von der politischen Szene selbstverständlich getragen und durchgesetzt. Bezogen auf Sexismus sei nur an die letzten Beispiele erinnert: HbW, Fanladen, El Rojito, Droste ... Das Ver-/Behindern solcher Veranstaltungen zielte immer darauf ab zu verhindern, daß die VeranstaltungsbesucherInnen sich selbst ein eigenes "objektives" Bild verschaffen können. Genau diesen liberalen "Objektivismus", der alle Seiten kennen will, um nur ja mittratschen zu können, ohne politisch Stellung zu beziehen - diese bürgerliche "Toleranz" bekämpfen wir (scheinbar) alle aufs schärfste. Wir lassen nicht zu, daß Positionen, die Unterdrückung, in welcher Form auch immer, legitimieren, dargestellt und damit diskutierbar gemacht werden!

Auch wir kommen also - zumindest in dieser Gesellschaft - nicht daran vorbei, Sanktionen zu verhängen und Zensur auszuüben. Es ist daher nicht die Frage, ob solche Mittel eingesetzt werden, sondern vielmehr danach, wer dies tut. Und das wiederum ist eine Vertrauensfrage: Wir erwarten von den o.g. Veranstaltungs/KonzertbesucherInnen, daß sie nach dem Lesen unserer Flugblätter umdrehen im Vertrauen darauf, daß wir die Geschichten schon "richtig" dargestellt haben und keine Demontage aus irgendwelchen undefinierbaren "Rachegelüsten" oder sonstigen Motiven betreiben. Auch wenn dieser Vergleich etwas hinken mag: Wir vom Infoladen erhoffen uns grundsätzlich das gleiche Vertrauen von Euch in den Fällen, wo wir zensieren.

... und im Schwarzmarkt?

In der Regel fällt es uns sehr schwer und erfordert viel Auseinandersetzung, eine Zeitung/ein Buch aus dem Verkauf zu nehmen. Dies gerade, weil wir den meisten von Euch einen verantwortungsvollen Umgang unterstellen. Hinzu kommt, daß der Schwarzmarkt z. Z. nicht der Infoladen ist, der von einer Szene getragen wird, d. h. diese Diskussionen finden unter relativ wenigen statt. (Wir arbeiten daran, dies zu verändern und solche Auseinandersetzungen in Zukunft zu verbreitern!)

Trotz allem: Es gibt bei uns Schmerzgrenzen, wo wir uns weigern, die jeweiligen Sachen zu verkaufen! **Mal allgemein gesprochen liegen diese Grenzen da, wo wir uns in den Positionen, die wir uns erkämpft haben, vom rollback bedroht fühlen.** Und für uns ist der Schwarzmarkt ein Infoladen zur Verbreitung fortschrittlicher Informationen und Politikansätze, in dem weder reaktionäre noch dem Zeitgeist entsprechende herrschaftsstabilisierende Aussagen Platz haben.



Diesen Kriterien würden wohl die meisten von Euch zustimmen, aber was hat das denn nun mit linken Zeitungsprojekten wie der Arranca zu tun? Leider mußten wir in der Vergangenheit feststellen, daß eben auch linke Zeitungsredaktionen, die aufgrund unserer gemeinsamen politischen Wurzeln wie selbstverständlich von uns unterstützt wurden, in mehr als nur "Fettnäpfchen" getreten sind: So haben wir "die Beute" wegen ihres unglaublich zynischen Umgangs mit Droste-GegnerInnen ganz aus dem Verkauf genommen. Die letzte "Bahamas"-Ausgabe, die kommentarlos sowohl Positionen eines Droste-Befürworters als auch den völligen Verriß des triple oppression-/multi-oppression-Ansatzes abdruckte, haben wir ebenfalls nicht mehr vertrieben. Die einzige Reaktion auf unsere Stellungnahme an die "Bahamas"-Redaktion besteht bis heute darin, daß zwei Monate später beleidigt die Hefte dieser Ausgabe wieder abgeholt worden sind. Vor diesem Hintergrund sind wir heute entsprechend mißtrauisch, wenn eine Zeitung wie die Arranca mit pornographischen Bildern ihre LeserInnen locken oder provozieren will.

Dennoch: Grundsätzlich finden wir es gut, daß das Thema Sexualität mal "positiv" angegangen werden soll. So notwendig die Beschäftigung mit Sexismus war und ist, so nervig und Kräfte aufreibend ist die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt. Allerdings definieren wir diese nicht - quasi im Umkehrschluß - als eine "negative" Annäherung an das Thema Sexualität, sondern es geht hierbei schlicht und einfach um Gewaltverhältnisse. Das bedeutet auch, daß die Themen Sexualität und sexuelle Gewalt nicht gegeneinandergestellt werden dürfen!

Konkret zur Arranca Nr. 8 ...

Den Ansatz der Arranca-Redaktion, sich dem Thema Sexualität zu nähern, begrüßen wir zwar, doch die Umsetzung finden wir - gelinde gesagt - mißlungen. Nach dem Lesen der Artikel bleibt als Grundgefühl zu diesem Heft übrig, daß es sich um eine reine Heterobeschreibung von Sexualität handelt bzw. daß es ein Ausdruck vom rollback inklusive der Demontage feministischer Positionen und Geschichte ist. Im folgenden wollen wir unsere Kritik an einzelnen Punkten konkreter machen, ohne uns jedoch vollständig an den Texten abzuarbeiten - wir sehen es nicht als unsere (Frauen-) Arbeit an, das Heft umfassend zu kommentieren. (Sämtliche Zitate sind aus der Arranca entnommen.)

... die Einleitung hinterläßt viele Fragenzeichen

Bei einem derart sensiblen, weil kaum öffentlich ausgetragenen Thema hätte die Einleitung zu dieser Nummer wesentlich ausführlicher und genauer sein müssen: Die Frage nach der Zielsetzung müßte sich anders beantworten als nur in Abgrenzung zu Diskussionen um sog. "Verbotenes", "Tabus" etc. Damit wäre dann auch ziemlich schnell die Frage aufgetaucht, ob Sexualität und sexuelle Phantasien unter den heutigen Bedingungen überhaupt in einer Zeitung mit gemischt-geschlechtlicher LeserInnenschaft diskutierbar ist bzw. welche Kriterien dafür sprechen könnten...

Indem in der Einleitung nur ein Artikel (von "Nummerzehn") kommentiert wird, der unstreitig völlig daneben ist, wird (zumindest unbewußt) suggeriert, als seien die anderen Beiträge soweit in Ordnung, ein Kommentar überflüssig. Auch zur Zusammenstellung der Texte wird kein Wort verloren. Dabei ist es genau diese männerbestimmte Zusammenstellung, die wir kritisieren! Doch dieser Eindruck kommt in der Einleitung gar nicht erst auf - im Gegenteil, die Redaktion meint, daß sie *"noch in keiner Nummer eine so intensive Auseinandersetzung mit feministischen Texten"* gehabt hätten. Wir wollen der Arranca nun nicht unbedingt ihre guten Absichten absprechen, aber wir kommen später noch auf "feministischen Texte" in dieser Ausgabe zurück.

Schon die Einleitung zu diesem Heft hinterläßt den bitteren Nachgeschmack, als ginge es darum, sich mal langsam von den bisher geführten Diskussionen über sexuelle Gewalt zu verabschieden und darüber hinaus diese zu diskreditieren: *"Wir finden solche Diskussionen ... zwar notwendig, aber die Gewichtung scheint uns trotzdem seltsam. Wer die Debatten verfolgt, kann den Eindruck gewinnen, der radikalen Linken gehe es vor allem um die Durchsetzung moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles, sexuelles Leben."* Keine Rede von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen! Erkämpfte Definitionen für Grenzverletzungen werden als "moralische Tabus" dem Zeitgeist entsprechend abgestempelt! Ziel ist das lustvolle, sexuelle Leben für Alle, wobei Geschlechterunterschiede und -kämpfe scheinbar keine Rolle mehr spielen! Noch ein Highlight aus der Einleitung, das schwerlich als Ausrutscher gesehen werden kann. Im Zusammenhang mit der Rede von *"dem Verbotenen"*, wird sodann wie folgt aufgelistet: *"Pornographie, Prostitution, Pädophilie, Vergewaltigung (wobei Vergewaltigung mit Sexualität herzlich wenig zu tun hat)."* Den Umkehrschluß hieraus zu kommentieren, sparen wir uns lieber...

Neu ist für uns das Abdrucken pornographischer Bilder in einer linksradikalen Zeitung - auch hierzu hätten wir gerne mehr gelesen als: *"Küsse an die LayOuterInnen mit ihren feinen Äuglein und Händchen!"*. Sind diese Bilder als Provokation zu verstehen oder geht es darum, Pornographie in der Linken wieder salonfähig zu machen, indem gerade wie selbstverständlich sich jede Anmerkung dazu erübrigt?

Wir lehnen es nach wie vor ab, daß Frauen dafür herhalten müssen, ihren Körper in gemischt-geschlechtlichen Publikationen vermarkten zu lassen! In patriarchalen Verhältnissen stellt die Zurschaustellung nackter Frauenkörper immer die Degradierung der Frau zum Objekt dar!

Die sexuelle Revolution der 68er: Keine feministische Revolution

In dem Artikel *"Die Linke und die sexuelle Revolution"* wird ein Geschichtsabriß der Entwicklung im Umgang mit Sexualität in der sog. Linken wiedergegeben. Darin wird u. a. behauptet, die *"sexuelle Revolution" - beginnend 1967 - wäre von den "feministischen und antiautoritären Teilen der Bewegung"* angeschoben worden. Dies ist glatte Geschichtsverfälschung zu Lasten einer sich erst einige Jahre später formierenden Frauenbewegung. Denn diese ist gerade aus der Notwendigkeit enstanden, sich gegen die "sexuelle Revolution" zu wehren, in der Männer sich penetrationsorientiert den Zugriff auf möglichst viele Frauenkörper ermöglichen wollten!

Später jedoch wird die Schuld an den jetzigen Zuständen mit ihren moralischen Verboten, die die Arranca wenigstens outen, wenn nicht bekämpfen will, der Frauenbewegung zugeschrieben: *"Es war vor allem eine Errungenschaft der feministischen Bewegung, bestehende soziale Rollen in Frage gestellt zu haben. Dabei schlug die Diskussion jedoch auch ins Gegenteil um. Das Kritisierte wurde zum Verbotenen, es bildete sich ein Moralkodex, der erneut Rollen festschrieb."* Wenn das tatsächlich gesellschaftliche Realität - und sei es nur in der Linken - wäre, hätten wir in der letzten Zeit beim Benennen/Bekämpfen von Sexismen scheinbar ja nur offene Türen eingerannt ...

Feministische Organisierung ist notwendig!

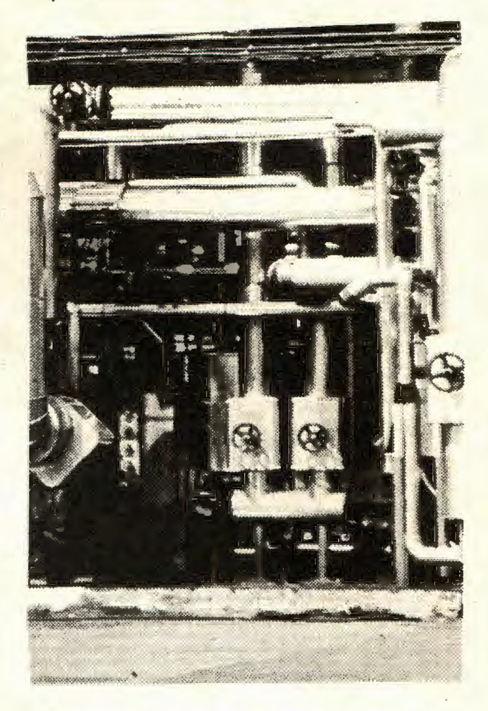
Auch der Rest des Artikels bleibt bei einer Demontage feministischer Politik stehen: Die *"Schwarz-Weiß-Konzepte"* wie auch die *"einfachen Antworten, die falsch"* seien, die *"moralischen Urteile, die nicht helfen"* würden - dies alles untermauert bzw. legitimiert mit Zitaten einer Feministin, die zumindest sehr umstritten ist. Nachdem wir also nun unsere feministische Geschichte in dieser Hinsicht zumindest auf den Müll werfen sollen, fragt sich, wie "unsere" Sexualität denn dann zu verändern sei. Die Antwort darauf ist die nicht gerade brandneue Erkenntnis: *"Nicht die Moralisierung, sondern die Auseinandersetzung ist der Schlüssel zur Veränderung."* Leider fehlt auch hier eine Anmerkung dazu, daß Frauen sich bereits jahrzehntelang auseinandersetzen und viel Energie in z. B. sog. Beziehungsarbeit verschwendet wurde und wird.

Die Linie, daß frau gemeinsam mit man nach Lösungen suchen und sich aus der Selbstisolation der Frauenbewegung herausbegeben sollte, wird auch in dem darauf folgenden Interview *"Radikal für die Lust - unnachgiebig gegen Gewalt"* weiter verfolgt: Die feministische Bewegung sei davon ausgegangen, *"daß der Mann die andere Seite darstellt, von der wir uns unterscheiden und der gegenüber wir uns selber behaupten wollten. Die feministische Bewegung ... hat in vielen Fällen Debatten mit Männern, gemeinsames Handeln, die Darstellung unserer Reflexionen und den Austausch von Positionen vernachlässigt oder nicht als angebracht angesehen. Sie hat sich sehr stark in einer Welt der Frauen eingeschlossen."* Hier wird undiskutiert suggeriert, als würde der Mann nicht die andere Seite darstellen, als seien solche Politikansätze zumindest überholt.

Nicht einmal am Rande wird auf die Notwendigkeit von Frauenorganisierung eingegangen. Im Gegenteil: Feministische Politik und damit einhergehend eine feministische Identität wird eher als Gefahr gesehen: *"Ich bin der Meinung, daß man Umrisse einer Identität für das Entstehen einer Bewegung braucht, aber ich denke, daß das Sich-Berufen auf eine starke, klar definierte Identität heutzutage nicht mit unseren Realitäten übereinstimmt. Außerdem überwiegen meines Erachtens die Nachteile und Gefahren im Vergleich zum selbstbestimmenden Aspekt der Identität."*

politisch korrekt - nur ein Dogma?

Der folgende Artikel "über pc, leidenschaft und revolution" ist ein derartiges Sprach-Spiel-Getümmel, daß er nahe daran ist,



überhaupt gar nicht erst ernst genommen zu werden. Es wird viel über den Begriff "political correctness" lamentiert. Dabei wird pc so platt als negatives Dogma entlarvt, wie es bislang nur vom mainstream der neueren US-Soziologie oder der bürgerlichen Presse vertreten wird.

Leseprobe: *"pc im zusammenhang mit sexualität heißt knigge light plus schnoddrigkeit aber trotzdem spießig: die gefühlsechte sucht nach der maoral in der roten bibel: vegetarisch-fleischig. sauber!"* Die Art, in der dieser Beitrag, Versuche von (Frauen-)Befreiung lächerlich macht, könnte durchaus die eines sexistischen, bürgerlich-intellektuellen Mackers sein. Auch hier gilt das oben Gesagte: Wir befinden uns nicht in der Situation, wo solche zynischen Ergüsse als ironisches Possenspiel belächelt werden können, sondern wir betrachten sie als Angriff auf uns!

Pornographie wird auch weiterhin bekämpft!

Völlig daneben ist - wie schon erwähnt - der Artikel von Nummerzehn *"sexuelle Phantasien, Pornographie & Zensur"*. Durch psychoanalytische Erklärung wird der Pornobetrachter zum hilflosen Mann, der lediglich seine Kindheitstraumata (Trennungstrauma von der Mutter!) überwinden will. Zusätzlich zu diesem Verständnis für die individuelle Entwicklung des Mannes ist für Nummerzehn diese Legitimation recht unproblematisch, weil ja *"(die) Pornographie, so legen es die neueren psychoanalytischen Forschungen nahe, ... nicht an die Stelle der Realität"* tritt. Also handelt es sich ja nur um eine theoretische Diskussion über das *"Unbewußte"*, welches *"nicht direkt auf das in der Gesellschaft herrschende Machtgefälle zu beziehen"* ist.

Auch in der Arranca-Redaktion war dieser Artikel heftig umstritten: *"Darüber waren die Meinungen ... in der Redaktion so konträr, daß eine Auseinandersetzung kaum noch möglich war"* (aus der Einleitung). Fraglich ist, warum es bezogen auf diesen Beitrag überhaupt konträre Meinungen gibt. Ihre Kritik formulieren die ASSISTENTINNEN dann auf den folgenden zwei Seiten, wo sie zutreffend feststellen, daß ihre "Antwort" womöglich als "Feigenblatt" benutzt wird/werden kann.

Wir können die Kritik der ASSISTENTINNEN nur unterstreichen! Zudem finden wir es unerträglich, daß ein Pornographie befürwortender Artikel neun Seiten (der längste Beitrag in der Zeitung überhaupt!) eingeräumt werden, der dann auch noch mit pornographischen Bildern garniert wird! Zwar gibt es eine Antwort darauf, doch diese nimmt nicht im entferntesten soviel Raum ein!

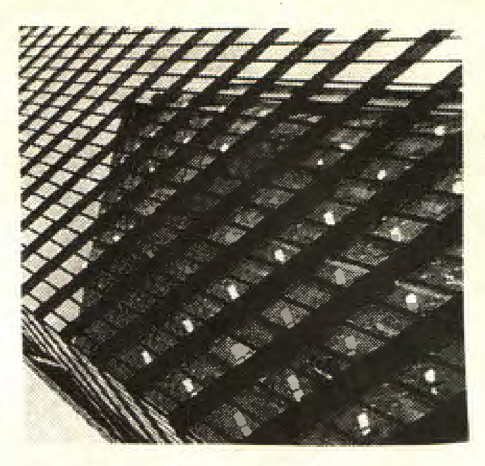
Allein durch den Abdruck dieses Artikels werden solche "Geisteshaltungen" überhaupt diskutierbar gemacht! Weitere Akzeptanz erhält der Beitrag durch den "wissenschaftlichen" Anmerkungsapparat, der immerhin auch eine Seite umfaßt. Hinzu kommt die Zusammenstellung mit anderen Texten in dieser Ausgabe, die solche antifeministischen Positionen noch untermauern.

Stellungskrampf in den Betten: ein politischer Kampf!

Der Artikel *"Stellungslehre - über das 'Untenliegen' und Political Correctness"* greift viel zu kurz und transportiert so eine Verfälschung der feministischen Forderung aus den 70er Jahren: Die Entlarvung der herkömmlichen Sexualpraktik ("Missionarsstellung") als Ausdruck auch sexueller Hierarchie war einerseits damals als "Kampfbegriff" notwendig - andererseits sollte er dadurch die Suche nach neuen Wegen im sexuellen Umgang miteinander fördern (weg von Penetrationsorientierung etc.). Auf diesen Hintergrund geht die Autorin leider nicht ein, sondern beschreibt die Kritik am "Untenliegen" schlicht als Dogma, dem sie ihre individuelle eigene Sexpraktik entgegenstellt *("Manchmal liege ich 'dabei' unten. Gerne.")*. Die politische Forderung, die hierin enthalten war/ist, wird so auf den persönlichen individuellen Umgang der einzelnen reduziert und verliert dadurch ihren politischen Gehalt.

Wo sie die *"Forderung, Frauen sollten mindestens zu 51 % obenliegen"* aufgespürt hat, ist rätselhaft. Wenn es diese Forderung tatsächlich gibt, so ist sie selbstverständlich zu kritisieren.

Warum sich die Autorin *"mit fem. G. Ihre Muschi Untermeier"* verabschiedet, läßt mehrere Deutungen zu: Soll (zumindest Männern) suggeriert werden, daß sie Feministin ist? Soll es Feministinnen provozieren? Ist ihr Beitrag Ausdruck eines neuen "Feminismus"? Gerade durch sein Erscheinen in einer gemischt-geschlechtlichen Zeitung ist dieser Artikel wegen seiner Oberflächlichkeit bezogen auf die Darstellung feministischer Politik gefähr-



lich, denn er läßt sich hervorragend funktionalisieren: Warum soll mann sich in die mühsame Auseinandersetzung begeben, wenn linke frau doch auch nur penetriert werden will?

Über die Definitionsmacht des Mannes

Die *"Diktatur der freien Liebe"* stellt schließlich nur noch Männerpositionen "über die freie Sexualität in einer Kommune" dar. Der Kommentar der Arranca beschränkt sich darauf zu erwähnen, daß *"es schon lange Kritik an der Lebensweise der AAO-Kommunen gab"*, geht aber auf die in dem Interview von dem Typen geäußerten Positionen nicht weiter ein.

So kann der interviewte Mann wieder definieren, was frau gefällt oder nicht: *"Ich glaube, daß Sexualität für viele der Grund war dabeizusein; ich habe das allerdings von noch keiner Frau bisher so ausdrücklich gehört. Manche aus der Kommune behaupten heute, daß die polygame Sexualität in der Kommune den Frauen im Unterschied zu den Männern weniger oder gar nicht gefallen hätte. Ich glaube, daß ist nicht so einfach. Immerhin sind die Frauen im Durchschnitt länger in der Kommune geblieben als die Männer. Bei meiner ehemaligen Frau weiß ich, daß ihr die Sexualität in der Kommune weniger gefallen hat, aber ich glaube nicht, daß das für alle Frauen gilt."* Der Mann glaubt also, Frau hätte sehr wohl Spaß am polygamen Kommunesex gehabt. Da behauptet zwar eine (aber eben auch nur eine!) Frau das Gegenteil, aber Mann glaubt, dies sei nicht übertragbar - in seinem sexuellen Ego ist er unantastbar! Während die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Frau nicht (mehr) unantastbar ist!

Die Kritik an der sexuellen Ausbeutung von Frauen in den AAO-Kommunen zieht Mann sich ebenfalls nicht. Diese wird flugs auf den eh schon gesellschaftlich geächteten Otto Mühl bezogen; ansonsten war Mann der Dominanz der Frauen unterworfen: *"Natürlich stand Mühl als Oberguru darüber und hat Frauen chauvinistisch behandelt, aber insgesamt kann man nicht sagen, daß die gesamte Sexualität in der Kommune nur eine besonders fiese Art der Frauenausbeutung gewesen wäre. Ich hatte viel mit Frauen zu tun, die dominant waren und sehr viel zu sagen sagen hatten, und das finde ich eine wichtige Erfahrung für mein Leben."*

Ein solches Interview kann nicht ohne ein Wissen um die sexuellen Hierarchien und Gewalttätigkeiten, die in den AAO-Kommunen stattfanden, verbreitet werden! Abgesehen von den schon zitierten rückschrittlichen (um nicht reaktionär zu sagen) Äußerungen als solche muß der Hintergrund dargestellt werden. **Hier zeigen sich wieder die Grenzen und Gefahren des Versuchs, Sexualität "positiv" darstellen zu wollen, und die Rahmenbedingungen, also Sexismen, zu ignorieren!**

Wem nützt die "maskuline" Erotik?

Der Artikel *"Maskuline Erotik in den Neunzigern"* aus Susie Sexperts Lesbenwelten erfüllt gleich mehrere Funktionen: So kann er als "Feigenblatt" dienen, weil er von einer Lesbe geschrieben wurde.

Gleichzeitig stärkt er maskulinen Mackern den Rücken, denn schließlich fordert eine Lesbe auch von Heteromännern, sich wieder der *"maskulinen Schönheit und Romantik"* à la *"Schwarzenegger, Costner und Bond"* hinzuwenden. Jedem Möchtegern-Macho müßte der folgende Satz doch wie Body-Oil den Rücken runterlaufen: *"Die Schönheit und Kraft maskuliner Erotik ist erregend, egal wer sie verkörpert - ob eine attraktive Lesbe oder das neueste Macho-Filmidol."*

Mal abgesehen davon, daß wir nicht wissen, ob Susie Bright ihren Artikel bzw. ihr Buch überhaupt für Männer zugänglich machen wollte/will, hätte zumindest erwähnt werden müssen, daß ihre Position unter LesbenFrauen hart umstritten ist. Wir gehen hier inhaltlich nicht darauf ein, weil wir diese Diskussion nicht gemischt-geschlechtlich führen wollen!

Wenn dieser Beitrag nun im Zusammenhang mit den anderen erwähnten Artikeln in dieser Arranca-Ausgabe gesehen wird, dient er schlicht der Rechtfertigung männlicher reaktionärer Macho-Identität!

Was noch?

Nachfolgend erwähnen wir noch kurz die restlichen drei Artikel der Ausgabe zum Schwerpunkt Sexualität. Dies nicht wegen der Vollständigkeit eines evtl. Verrisses - es ging uns darum, neben unserer scharfen Kritik an einzelnen Positionen etwas in diesem Heft zu finden, das in Richtung "positive" Annäherung an Sexualität gehen könnte.

Wenig Vorwärtsweisendes können wir in der *"Collage" "Sex im Altertum"* entdekken: Sie bleibt bei der Aufzählung historischer Mythen und Geschichten zum Thema Sexualität stehen. Dies mag zwar ganz nett zum Lesen sein, bringt uns aber genauso wenig einen neuen Ansatz wie der sich daran anschließende Artikel.

"Vom Platzen des Parisers im Kopf" handelt davon, daß für die meisten nur eine Penetration ohne Gummi lustvollen Sex darstellt. Diese Erkenntnis ist leider auch nicht neu.

Die Tatsache, daß *"körperliche Kommunikation"* existiert, ist wohl altbekannt. Daß die Kommunikation - auch der Linken - sich nahezu immer auf Diskussionen und Debatten, also auf sprachliche Kommunikation beschränkt, ist ebenfalls seit längerem als Problem erkannt. Die spannende Frage, wie dies zu knacken wäre, beantwortet der Artikel leider nicht, indem er "das Wissen um diese Muster" als Lösung anbietet.

Verkaufen oder ...

Wie eingangs erwähnt, fällt uns die Entscheidung darüber, eine Zeitung wegzuzensieren, nicht leicht. In unserer Diskussion haben wir festgestellt, daß wir aufgrund unterschiedlicher Erfahrung und Geschichte unterschiedliche Interpretationen der in der Arranca zusammengestellten Texte hatten und weiterhin haben. Einiges wurde schlicht überlesen - anderes wurde mangels Wissen als richtig hingenommen - verschiedene Sichtweisen sind geblieben.

Sehr lange haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, ob es richtig sei, die Zeitung zu verkaufen, weil sie die Diskussion um Sexualität anregen könnte. Die Richtung einer solchen Diskussion könnte sein, sich mit der eigenen Lust zu beschäftigen. Wir fanden es jedoch ausgesprochen problematisch, diese an eine gemischt-geschlechtliche Zeitung anzuknüpfen, in der es um das Lustempfinden von Frauen und Männern gehen sollte. Wir wollen uns nicht mit der Lust der Männer auseinandersetzen, sondern Sexualität für uns als Frauen neu füllen. Dafür finden wir das vorliegenden Schwerpunktheft der Arranca jedoch gänzlich ungeeignet.

Allein die Existenz des Heftes und der formulierte Anspruch, sich Sexualität "positiv" nähern zu wollen, kann letztendlich nicht die Grundlage für einen "positiven" Ansatz in der Diskussion um Sexualität liefern. Denn es geht um den Inhalt, also die Artikel in der Arranca, deren Aufhänger vielfach - nach Darstellung der jeweiligen AutorInnen - "negative" Ansätze ("Dogmen") sind. Der eigene Anspruch bleibt so unerfüllt.

... nicht verkaufen?

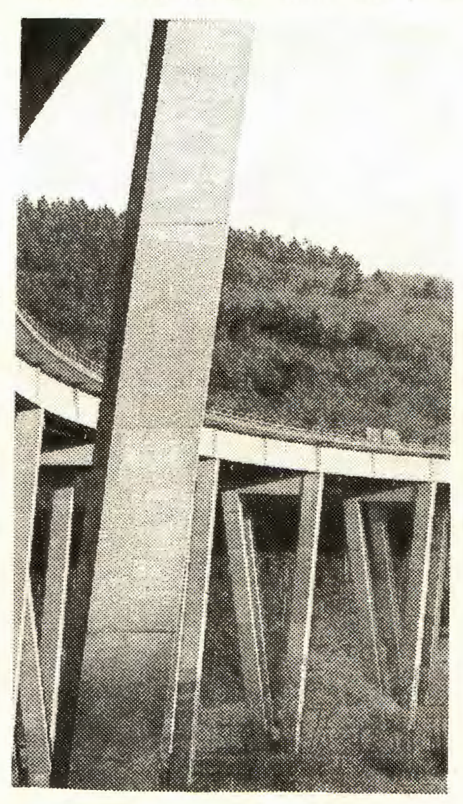
Darüber hinaus stellt die Zeitung eine Bedrohung feministischer Inhalte und Politik dar: Zum einen wird durch das ganze Heft hindurch zwischen und in den Zeilen die Frauenbewegung diskreditiert und lächerlich gemacht. Zum anderen werden hier die uns zur Genüge bekannten sexistischen Versatzstücke wie Pornographie, männerdominierte Sexualität, Machismo, Definitionsmacht der Männer usw. in einem Heft zusammengestellt! So demonstriert die Arrranca (unbewußt und womöglich unbeabsichtigt?) anschaulich, wie weit der patriarchale rollback auch in der Linken schon vorangeschritten ist! Gerade das Zusammenwirken der vorliegenden Texte (und Bilder!) fördert die Akzeptanz dessen!

Gerade auch nach dieser Arranca-Ausgabe bleibt fragwürdig, ob über befreite Sexualität in einer unfreien Gesellschaft überhaupt diskutiert werden kann. Für viele gesellschaftliche Fragen, die politisch wesentlich einfacher zu beantworten scheinen, haben wir seit einiger Zeit die Schwierigkeit erkannt, hier und heute Utopien zu entwickeln. Die Frage nach der Utopie einer sexuellen Befreiung und die Wege dahin kann nur im gesamten Kontext angegangen werden.

Eine Alternative

Dennoch sehen wir auch die Notwendigkeit, eine Auseinandersetzung über Sexualität (wenn auch keiner befreiten, so evtl. einer freieren) zu führen. Da wir die Arranca als Grundlage hierfür ablehnen, werden wir aus den uns bekannten vorhandenen Texten eine Zusammenstellung anfertigen und für FrauenLesben anbieten.

Uneinig waren wir in der Frage, ob wir diese Arranca-Nummer zumindest an Frauen verkaufen sollten. Dafür spräche für einige, daß den Frauen so die praktische Illustration des patriarchalen rollbacks geliefert würde. Andere waren dafür, um



dadurch unsere Kritik nachvollziehbar und überprüfbar zu machen. Dagegen spricht die in der Zeitung verbreitete Verfälschung von feministischer Politik und Geschichte, die gerade für jüngere Frauen nicht unbedingt erkennbar ist. Um die Nachvollziehbarkeit unserer Kritik zu gewährleisten, werden wir ein Archivexemplar der Ausgabe unzensiert mit Fotos für Frauen und Männer zugänglich machen.

Hamburg, April 1996
FrauenLesbenTag im Infoladen Schwarzmarkt und die Frauen aus der gemischten Ladengruppe des Schwarzmarkt

Kunst und Texte gegen die Todesstrafe

30. Mai - 8. Juni im Ketzer

Kunst und Texte gegen die Todesstrafe ist eine Wanderausstellung mit Bildern, Objekten, Texten und Gedichten politischer Gefangener.

Über 125 Gefangene aus den USA, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Irland, Dänemark, Italien, Chile und Peru haben sich an diesem Projekt internationaler Solidarität beteiligt, um mitzuhelfen, das Leben des seit 1982 zum Tode verurteilten afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu retten. Für ihn geht es seit der Aussetzung eines für den 17. August 95 festgesetzten Hinrichtungstermins um Wiederaufnahme des Verfahrens - also um sein Leben und seine Freiheit.

Die Idee zu dieser Initiative entstand in einer Zeit, in der die Ausweitung der Todesstrafe ständig fortschreitet. Die Zahl der Gefangenen in den USA hat die Millionengrenze überschritten; über hundert von ihnen sind politische Gefangene. Weltweit gibt es tausende politische Gefangene aus verschiedenen Widerstandsbewegungen.

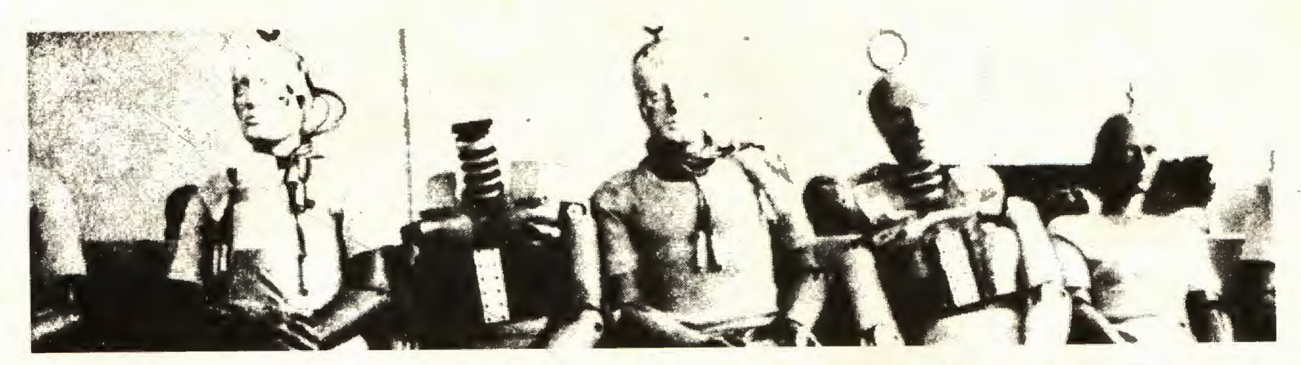
Grundlage des Projektes "Kunst gegen die Todesstrafe" war, Mumia Abu Jamal in seinem Kampf um sein Leben zu unterstützen - konkret, durch den Verkauf der Werke sich an den Prozeßkosten seines Wiederaufnahmeverfahrens zu beteiligen.

Durch die Wanderausstellung wird auch ermöglicht, die Situation Mumias und anderer politischer Gefangener einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Gefangenen können sich durch dieses Projekt künstlerisch artikulieren und so unmittelbarer und wirkungsvoller Menschen, Organisationen und Medien erreichen. Es gibt ihnen die Möglichkeit, auf ihre Lage aufmerksam zu machen und für ihre Forderungen einzutreten.

Die Ausstellung begann im Dezember 1994 in New York, wanderte während der folgenden Monate durch verschiedene Bundesstaaten der USA nach Kanada und wurde dann im Oktober 1995 durch die Puffin-Foundation während des SOHO Arts Festival einen Monat lang gezeigt, während dem es eine Vielzahl von Diskussionsrunden gab und ein Video über dieses Projekt entstand.

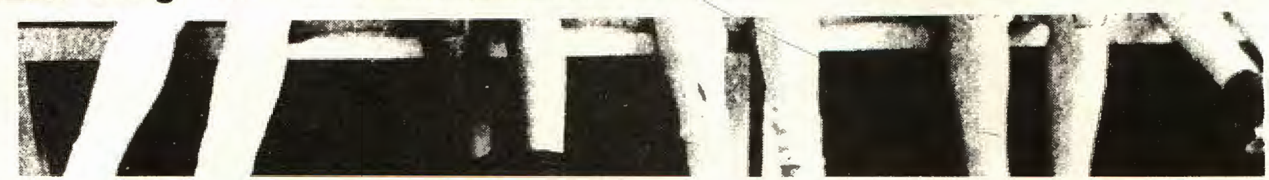
Über Frankreich, Italien und Niederlande, kommt ein Teil der Ausstellung nun nach Deutschland.

In Hamburg ist die Ausstellung vom 30.5. bis 8.6. im Ketzer zu sehen. Informationen über das Begleitprogramm gibt es rechtzeitig in der Tagespresse und auf einem Flugblatt.



Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen

oder: Die gescheiterte Sexismusdiskussion im Libertären Zentrum Hamburg



Eine Person der Ortsgruppe Hamburg der FAU hat am 11.11.1995 auf einem bundesweiten FAU-Treffen (wegen der laufenden Kaffeeboykottkampagne) nach dem Plenum in einer Kneipe einen sexistischen Übergriff gegen eine Genossin begangen. Daraufhin wurde der Täter am 29.11.1995 vor dem libertären Zentrum in Hamburg von drei Unterstützerinnen der betroffenen Frau zur Rede gestellt, er stritt lachend ab und schlug eine der Frauen mit der Faust ins Gesicht. Danach verteidigte sich die angegriffene Frau selbst. Als Reaktion auf den Angriff wurden ihm die Schlüssel für das Zentrum abgenommen.

Am 6.12. auf dem LiZ-Plenum forderte ein Mann aus der FAU-Ortsgruppe daß "alle Sanktionen gegen den Mann aufgehoben werden und er in Amt und Würde wieder bestätigt wird", weil er viele Gerüchte gehört habe, und da so viele Lügen dabei gewesen seien, sei alles gelogen, auch was die betroffene Frau sagt ("die Frau hat sich alles aus den Fingern gesogen"). Das Plenum wird nach Geschlechtern getrennt. Auf dem Männerplenum befinden sich vier "alte Freunde" des Täters, die die Diskussion unmöglich machen, weil sie 2 Stunden lang auf Gerüchten rumreiten und immer wieder nachhaken, ohne auf den Protest anderer Männer zu hören. Es findet keine Diskussion über sexistische Gewalt statt, die Freunde des Täters versuchen mit aller Kraft etwas gegen den Ausschluß des Täters zu unternehmen. Am Rande: einer der vier Männer, die so lautstark die Rehabilitierung des Täters forderten, wurde gesehen, wie er Pornovideos aus der Videothek holte und er bestand auf einer genauen Schilderung des Vorfalls durch die betroffene Frau.

Im Frauenplenum gab es den allgemeinen Konsens, daß die Abnahme der Schlüssel richtig war. Außerdem fordert das Frauenplenum, daß der Täter in einer Männergruppe sein Verhalten aufarbeiten soll. Wenn der Täter den Willen zeigt, sich mit seinem Verhalten auseinanderzusetzen, kann über einen Zugang zum Zentrum für ihn wieder gesprochen werden.

Ein Mitglied einer anderen FAU OG, das an diesem Plenum teilnahm, schrieb dazu später in einer internen Stellungnahme, daß die Frauen im Zentrum die Macht hätten und die Männer sich nicht trauten, etwas dagegen zu unternehmen. Dies ist so sehr gegen die Tatsachen, daß er selbst nicht wollte, daß dies den Zentrumsleuten zur Kenntnis kommt ("wer mit meiner Stellungnahme Politik machen will, dem reiß ich persönlich den Arsch auf"). Daß er dadurch mit Unwahrheiten innerhalb der FAU Politik macht, scheint ihn nicht zu stören.

Am 13.12. trifft sich die Ortsgruppe der FAU und schließt den Täter aus. Zwei Freunde des Täters verlassen die OG wegen des Ausschlusses. Vom LiZ- Plenum wurde übrigens der Ausschluß nicht gefordert. Ab den nächsten Gruppentreffen beginnt eine menschlich kalte, für die betroffene Frau diskriminierende und nervtötende "Nichtauseinandersetzung" mit dem Themenkomplex Täter/Patriarchat/Sexismus/eigene Anteile, wobei eigentlich nur über persönliche Anschuldigungen unter den Männern gesprochen wurde, auf die Gefühle der Frau, auf die Tat und was das für andere Männer und Frauen bedeuten könnte, wird nicht im geringsten eingegangen. Die Diskussion wurde weiterhin auf Nebenschauplätze umgeleitet. Durch Sprüche wie "Als XX da war, war ja alles besser" und "Jetzt fehlt uns der Mietanteil von XX und jetzt geht das Zentrum pleite, weil sein Geld fehlt" etc. wurde der betroffenen Frau deutlich gemacht, daß sie doch besser die Schnauze hätte halten sollen. Merke: nicht der Täter hat Schuld, sondern das Opfer.

Da einige Männer aus der OG schon vor dem sexistischen Übergriff des einen Mannes mehrmals frauenfeindliche und antifeministische Äußerungen von sich gegeben hatten, war es für die betroffene Frau allgemein schon schwer, sich mit der OG über die Geschehnisse auseinanderzusetzen.

Am 10.1.1996 sahen Teile der OG nicht ein, warum bestimmte Menschen - zu denen die betroffene Frau kein Vertrauensverhältnis hat - das Treffen verlassen sollten, weil eine Aufarbeitung mit unbekannten Personen bzw. Personen, zu denen aus verschiedensten Gründen seitens der betroffenen Frau kein Vertrauensverhältnis bestand, nicht möglich war. Eine der betroffenen Frau nahezu unbekannte Sympathisantin weigerte sich strikt zu gehen und fragte schnippisch: "Sage ich denn vielleicht Sachen, die Dir nicht passen?". Daraufhin legten die betroffene Frau und ein Mann die Arbeit in der OG nieder. Es gab bisher keinerlei Auseinandersetzungen mit den Geschehnissen. Außerdem hat die FAU OG Hamburg in einem bundesweit verteilten Schreiben der betroffenen Frau unterstellt, daß sie einige Personen von der Diskussion ausschließen wollte mit dem Argument, weil diese nicht den Mitgliedsbeitrag bezahlen. Dies ist NICHT WAHR, wie einer der Autoren des Schreibens auch zugeben mußte. Trotzdem wurde dies nicht öffentlich zurückgenommen.

Außerdem ist seit Anfang Dezember die betroffene Frau von einigen Personen im Zentrum einem unmöglichen Verhalten ausgesetzt: sie wird von Personen geschnitten, nicht mehr gegrüßt etc. Auch das soziale Umfeld der betroffenen Frau (FreundInnen, UnterstützerInnen und bekannte Personen) wird seitdem immer wieder diffamiert. Hierbei wird auch deutlich, daß es offensichtlich einen großen Unterschied macht, daß der sexistische Übergriff von einem "Genossen" begangen wurde, den MANN sogar entgegen besserem Wissen unterstützt.

So wird von Personen aus der FAU OG Hamburg die Version des Täters verbreitet, er sei von einer großen Gruppe Vermummter mit Knüppeln angegriffen und zusammengeschlagen worden. Dies ist NICHT WAHR! Es wurde auch kein Versuch unternommen, ihm die Hände zu fesseln oder ähnliches mehr. Dies sagen mittlerweile Personen, die ZeugInnen des Vorfalls waren, und außerdem Personen, die bei den Vorfällen gar nicht anwesend waren und somit zeigen, daß sie dem Täter bedingungslos glauben, der natürlich ein Interesse daran hat, sich reinzuwaschen. Personen, die den

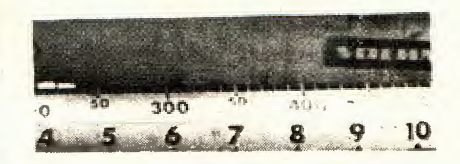
Faustschlag des Täters gegen die eine ihn zur Rede stellende Frau gesehen haben und dies auch bezeugen, werden namentlich diffamiert.
Inzwischen wird von diesen Personen sogar der sexistische Übergriff gegenüber dritten Personen in Abrede gestellt ("XX wurde zusammengeschlagen und es soll angeblich vorher einen Übergriff gegeben haben"). Die Mitglieder der FAU OG Hamburg verweigern sich auch einer Aufarbeitung des sexistischen Übergriffs gegen die betroffene Frau sowie bezüglich sexistischer Strukturen im Zentrum. Eine entsprechende Forderung der Frauen im Zentrum wurde von einer "Mehrheitsfraktion der OG" als "ignorant" bezeichnet.
Auf einem regionalen Treffen von FAU/MitgliederInnen am 3.3.96 kam es zu weiteren Vorwürfen und Unterstellungen. Dies läuft mittlerweile vorwiegend nicht gegen die betroffene Frau, sondern gegen ihren Freund, der von Mitgliedern der OG Hamburg als alleiniger Autor von Stellungnahmen angesprochen wird, die entweder beide oder die Frau allein geschrieben haben. Eine Person warf diesem Mann dabei vor, er habe in einer Stellungnahme behauptet, daß der Täter eine Frau mit der Faust zu Boden geschlagen hat und dies sei ja nicht wahr. Die Forderung der Frauen im Zentrum, daß die FAU OG zu dem sexistischen Übergriff Stellung nehmen soll, wurde als nicht libertär bezeichnet. Zu einer Stellungnahme der betroffenen Frau wurde gesagt, sie enthalte Unwahrheiten, weil sie nicht erwähnt hatte, daß eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt bei einem OG/Treffen noch nicht anwesend war, sondern später kam. Eine weitere Behauptung: der Täter ist nur deswegen zur Rede gestellt worden, weil Personen die GenossInnen im LiZ gegen den Täter "aufgehetzt" hätten. Dies ist absolut lächerlich. Es können wohl auch nur Personen auf so etwas kommen, die selbst Machtansprüche haben und Kader sein wollen. Machtansprüche haben und sich auch noch libertär nennen - wie geht das zusammen! Als der Pornokonsum des einen Täterverteidigers zur Sprache kam, fragte ein Mitglied der FAU OG den Freund der betroffenen Frau, ob er denn etwa noch nie einen Porno gesehen hätte, in einem Tonfall, der deutlich machte, daß er das nicht so schlimm fand. Es gab auch keinen Widerspruch von anderen Anwesenden dazu.
Mitglieder der FAU OG Hamburg versuchen seit Dezember im Zentrum und bundesweit, sich als Opfer von Vorfällen hinzustellen. Damit machen sie ganz klar die vom sexistischen Übergriff betroffene Frau zur Täterin. Es scheint einigen Personen auch mehr um eine Art "Parteiräson" zu gehen als um eine Aufarbeitung: es wurde gefordert, daß nichts an Texten an "andere Gruppen" weitergegeben wird, "die der FAU schaden wollen". Das wurde dann aber nicht präzisiert.
Beim Regionaltreffen wurde von Personen aus der OG Hamburg gesagt, der Täter sei noch in der Mailbox, weil dies wegen der DA nötig sei: den LiZ- Frauen gegenüber hieß es kurz vorher: der Täter muß in der Box bleiben, weil hier eine intensive Diskussion des Übergriffs mit ihm geführt wird. Die Personen der OG Hamburg gehen sehr eigenwillig mit der Wahrheit um. Daß sie sich noch trauen, von anderen zu sagen, sie lügen, finden wir sehr erstaunlich.
Daß im Protokoll dieses Regionaltreffens konstant das Wort Unterstützerin in Anführungszeichen gesetzt wird, ist unverschämt. Damit legt der Protokollant an die Wichtigkeit und Wertigkeit der Unterstützung der betroffenen Frau einen patriarchalen Maßtab: es ist für diesen Mann offensichtlich nicht wichtig, der betroffenen Frau zu helfen. Die Unterstützerinnengruppe geht davon aus, daß die FAU-Frauen dem Mann zu dieser patriarchalen Ausdrucks- und Denkweise sowieso noch etwas zu sagen haben.
Ja, lange, lange haben uns HERRen von der FAU OG im LiZ erzählt, was anarchistisch ist und daß sie 100prozentige Anarchisten sind (dies ist ein Zitat!). Nur wenn es um den Themenkreis Sexismus, Patriarchat, Frauen- rechte geht, dann haben die 100promänner genau 100 Pfennig an der Mark zuwenig, dann muß frau die halben Pfennige erklären und die HERRen begreifen es immer noch nicht: eine typische patriarchale Reaktionsweise, wenn Frauen Rechte einfordern, Freiräume geltend machen, das kennen wir schon: wenn mann einfach nicht begreift, hält frau irgendwann resigniert die Schnauze und das warten wir ab, Jungs.

Das Verhalten und Nichtverhalten von Personen in der FAU OG Hamburg hat jedenfalls bisher schon dazu geführt, daß Personen und auch Gruppen das Zentrum angewidert verlaßen haben.
Es ist festzuhalten, daß aus einer Gruppe im LiZ frauenfeindliche Sprüche kamen (die seit ca. 1 Jahr Frauen aus dem Zentrum vertrieben haben), daß ein Mann dieser Gruppe einen sexistischen Übergriff begangen hat. Es liegt im Interesse a l l e r Menschen im LiZ, einen Eindruck darüber zu bekommen, was sich und ob sich in diesen HERRenköpfen etwas bewegt (außer einem schamhaften: "scheiße, erwischt") und natürlich möchten wir von diesen Personen etwas von diesen Überlegungen hören.
Wenn jetzt dazu lamentiert wird, es würde "soziale Erpressung" ausgeübt, dann ist das ebenso erbärmlich und eine patriarchale Leerformel wie vieles andere auch, was von den HERRen kommt. Aussitzen als Taktik und unter den Teppich schieben und sich eigene Wahrheiten schnitzen: wie tief kann mann das Niveau denn noch senken? Nachplappern und opportunes Verhalten haben wir im LiZ auch bemerkt: nur nicht da, wo Bam. (Mitglied der FAU-HH) es gerne outen würde: opportun und nachplappern ist z.B. am 29.11. im Ausland zu sein, aber im März genau zu wissen, daß der Täter ja gar nicht zugeschlagen hätte. Oder: dabei gewesen zu sein und nun zu behaupten, es seien die besagten 20 Vermummten mit Knüppeln. Die Personen, die dies jetzt wiederholen, plappern nur die Rechtfertigungsarien des Täters nach, was in der OG und ihrem Umfeld offensichtlich opportun ist. Alle anderen Personen im LiZ fühlen sich in keiner Weise gezwungen, in bestimmter Weise zu denken oder zu reden und tun dies auch nicht. Repression: ist z.B. das Verhalten, dem die betroffene Frau und ihr soziales Umfeld von interessierten Personen aus dem Umkreis des Täters ausgesetzt war und ist. Repression ist gegenüber der OG nicht ausgeübt worden. Die Versuche der LiZ-Frauen, von der OG Äußerungen zu erhalten, waren keine Repression.
Die FAU OG Hamburg hat sich seit Jahren im LiZ Macht angemaßt und vieles bestimmt bzw. versucht zu bestimmen. Wenn jetzt, im Zusammenhang mit einem sexistischen Übergriff und mit der Aufarbeitung sexistischer Strukturen, von ihnen eine Verhaltensänderung erwartet wird, können sie sich nur noch über "Repression" und "Erpressung" beklagen und meinen, um sich herum nur noch Nichtlibertäre zu sehen. Wenn die Personen in der OG Hamburg sich mit Parteidisziplin und richtiger Linie wohlfühlen, ist das ihre Sache. Nur diktieren lassen wir uns weder diese noch andere Linien (auch die Linie, egal ob richtig oder falsch, ist ein Strich).

Mittlerweile hat sich die FAU HH entschieden, das LiZ zu verlassen und im Zuge dessen gleich die LiZ-Bibliothek mitgenommen, da angeblich über 90% der Bücher ihnen gehören ...
Dieses Verhalten und die oben beschriebenen Aussagen werten wir als eindeutige Nichtbereitschaft, Verweigerung und Absage, sich mit eigenen sexistischen Verhaltensweisen zu beschäftigen!
Wir sind auch nicht bereit zu warten, bis Männer von ihrer Ignoranz ablassen und nach einer Zeit von mittlerweile fast fünf Monaten seit dem Rausschmiß von Folkert interpretieren wir auch Schweigen, sich in Plena oder sonstwo nicht Äußern und den Rückzug aus dem LiZ als klare Unfähigkeit zur bzw. bewußte Ablehnung der Auseinandersetzung !
Dieses Männerverhalten trägt zu einem Klima bei, daß es Frauen schwermacht, sexistische Gewalt von Männern öffentlich zu machen !

Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen
Sisterhood is powerful
Keine Macht für nieMANNd
Die Zukunft ist weiblich

Die Unterstützerinnengruppe



Öffentlichmachung eines Vergewaltigers in Hamburg

Bernd Klagge,
geb. am 17.1.67, wohnt in der Michaelispassage 8,

ist ein Vergewaltiger!

Er hat im September 1994 eine Frau vergewaltigt. Es gab damals keine Veröffentlichung aufgrund der Tatsache, daß die Frau einen Verarbeitungsprozeß unabhängig vom Szenetratsch und unabhängig von weiteren Angriffen brauchte. Stattdessen gab es den Versuch, Frauen, die mit ihm in Kontakt kamen, zu informieren, ihn von einzelnen treffen auszuschließen und eine Kontrolle über ihn auszuüben. Dieser Versuch ist gescheitert. Hiermit wollen wir also den Vergewaltiger veröffentlichen und unsere Erfahrungen mit diesem Versuch weitergeben.

Es gab direkt nach der Vergewaltigung eine Diskussion mit Männern aus seinem Zusammenhang, die sich vorher zum Ziel gesetzt hatten, in ihrer Politik eine antipatriarchale Haltung und einen Standpunkt anzueignen. Sie hatten sich mit der Frage der Definitionsmacht von Vergewaltigungen und sexistischen Angriffen auseinandergesetzt und sich der Position von Frauen angeschlossen. Die Diskussion ging zunächst um den Begriff Unterwerfungsakt, den die Frau erstmal für die ihr angetane Gewalt gefunden hatte.

In diese Diskussion hat Bernd Klagge ausschließlich seine Sichtweise und Darstellung eingebracht, nicht aber die der Frau. Das machte sich z.B. daran fest, welche Briefe er zeigte, nämlich ausschließlich seine, oder daran, daß er Aussagen, die er der Frau gegenüber getroffen hatte, angeblich nie gemacht hätte. Das heißt auch, er mußte damals schon zu einer Auseinandersetzung gezwungen werden. Für die Frauen und insbesondere die vergewaltigte Frau hieß dies, den anderen Männern ihre Sichtweise und den Charakter dessen, was sie als Unterwerfungsakt benennt, immer wieder deutlich zu machen. Es hieß, vor allem den anderen Männern aus dem Zusammenhang immer wieder auf die Finger zu klopfen, damit eine Diskussion um den Kern läuft. Der ist, über das Ziel der Unterwerfung zu reden und Bernd Klagge darin zur Verantwortung ziehen.

Die Männer begriffen das erste Mal, um welche Schärfe es geht, als sie eine konkrete Beschreibung der Situation von Bernd Klagge bekamen. Dabei ist davon auszugehen, daß es eine beschönigende Schilderung war. Das heißt, sie funktionierten nur darüber, daß sie eine bildliche Vorstellung und den Zugriff auf Einzelheiten bekamen und nicht darüber, daß sie von den Frauen vermittelt bekamen, um welche Struktur und welchen Charakter es geht.

Die Frau bezeichnete den Unterwerfungsakt ca. 4 Monate später als Vergewaltigung. Zeitlich ist dies ungefähr dort einzuordnen, wo in der Diskussion der Männer die konkrete Schilderung erfolgte. Bernd Klagge entzog sich nun innerhalb von zwei Monaten der Diskussion mit den Männern und wechselte den Zusammenhang. Als Begründung kamen mangelndes Vertrauen zu den anderen Männern, es würde nur um ihn und nicht um das allgemeine patriarchale Verhalten der anderen Männer gehen, er würde sich so unter Druck fühlen, er würde eine andere Politik machen wollen ... Es gab die Forderung an ihn, daß er sich weiter mit den "alten Männern" auseinandersetzen muß, dies war jedoch auch aufgrund mangelnden Drucks des neuen Zusammenhangs nicht durchsetzbar. Zu dem neuen Zusammenhang wurde Kontakt aufgenommen und es sollte dort eine weitere Kontrolle geben, die Frauen mit denen er in Kontakt kommt informiert werden und außerdem wollten die Männer aus diesem Zusammenhang sich weiter mit ihm auseinandersetzen und ihn fordern und hinterfragen.

Die Situation war nun erschwert, da es von den Frauen aus diesem Zusammenhang keine regelmäßigen Kontakte gab. Das heißt auch, es gab noch weniger Kontrollmöglichkeiten als vorher, und wir mußten uns darauf verlassen, daß das, was dieser gemischte Zusammenhang uns sagt, auch stimmt. Uns wurde damals vermittelt, daß Bernd Klagge auf jedem Treffen, auf das er geht, den Vorwurf der Vergewaltigung gegen ihn öffentlich macht. Uns wurde im August 1995 klar, daß das eine glatte Lüge ist. Zu diesem Zeitpunkt zog ein Mann aus Antifa-Zusammenhängen bei Bernd Klagge ein, der von einer Frau gefragt wurde, ob er eigentlich wüßte zu wem er da gezogen sei. Er wußte es nicht und wurde von ihr informiert. Ca. ein halbes Jahr später sprach diese Frau diesen Mann nochmals an, da sie so verblieben waren, daß er wohl mit Bernd Klagge nochmal reden und ihn zur Rede stellen müsse. Sie bekam die Antwort, daß Bernd Klagge das Ganze nie wieder angesprochen hätte. Wir können hier also auch gut das großartige Interesse von linken Männern sehen, patriarchale Gewalt zu bekämpfen. Das geht natürlich besonders gut im Schweigen, oder nicht?

Wir haben Bernd Klagges Zusammenhang nach dem Einzug seines neuen Mitbewohners darauf angesprochen, woraufhin fadenscheinige Erklärungen folgten. Seit diesem Zeitpunkt gab es von dem Zusammenhang an uns keine Informationen mehr, die Kontrollfunktion wurde eingestellt und somit offen Täterschutz betrieben. Es gibt dann nochmal einen Brief von Bernd Klagge ohne Anrede, was wohl die Reflexion von gewalttätigem Verhalten sein soll. Dieser Brief hat kein Datum, ist nach unserer Erinnerung vom Sommer 95. Dort befaßt sich Bernd Klagge mit seinem "Verkorkstsein, seinem Mangel an Sensibilität" und gesteht dann auch netterweise ein, daß er wohl Grenzen überschritten hätte und einer Frau wehgetan hätte. Wüßte Frau nicht, um was es eigentlich geht, denkt sie es ist eine Auseinandersetzung mit Sexualität und nicht mit Vergewaltigung. Sie könnte dann auch nicht wissen, daß dort Fakten, Ansagen der Frau und Auseinandersetzungen einfach unterschlagen werden. Für uns ist das aus dem Grund wichtig, weil daran auch zu erahnen ist, wie denn die Auseinandersetzung mit den Männern (und Frauen) aus dem neuen Zusammenhang gelaufen ist. Es ging um Bernd Klagges persönliche Probleme und darum, daß er wohl einer Frau wehgetan hätte. Es ging nicht um eine Vergewaltigung, die Struktur, die dahinter steckt, das Gewaltverhältnis. Es ging keineswegs darum, ihn dafür in die Verantwortung zu ziehen und wohl auch eher nicht um eine politische Diskussion, sondern darum dem Täter auf die Sprünge zu helfen, ihn zu hätscheln.

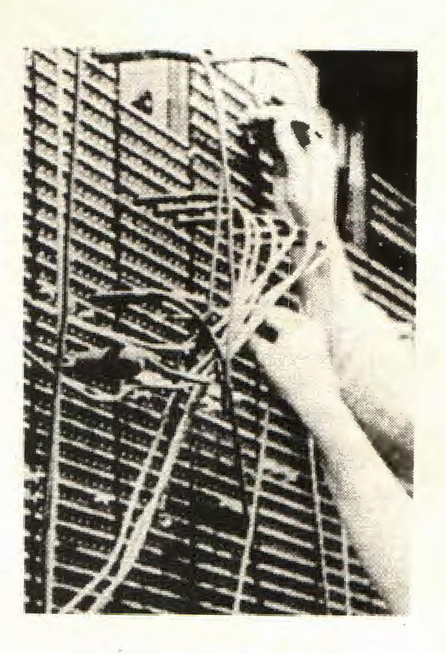
Das ist Täterschutz und Parteilichkeit für einen Vergewaltiger.

Im März 96 erfuhren wir zufällig, daß Bernd Klagge mit auf eine Kurdistan-Delegation fahren wollte. Auch hier war die Delegation nicht über die Vergewaltigung informiert. Es war wieder mal Aufgabe von uns Frauen und blieb an uns hängen, dort hinterherzulaufen und die Delegation zu informieren. Er ist aufgrund dieser Information nicht mitgefahren. Im März nun, nachdem Bernd Klagge nicht mitfahren konnte, flatterte der Frau ein Brief von ihm ins Haus, in dem er den Wunsch äußert, sich mit der Frau zu zweit (!) zu treffen. Es sollte eine öffentliche Auseinandersetzung über Vergewaltigung privatisiert werden und somit auch der Vorwurf der Verge-

waltigung geleugnet werden. Wir zitieren: "es hat sich in dem, was ich mache (und wie) einiges geändert - vieles sicher gezwungenermaßen, einiges wohl auch weil ich in der Zwischenzeit mehr über mich und mein Verhalten herausbekommen habe. Ich denke, das könnte eine Voraussetzung sein, nochmal ins Gespräch zu kommen, und ich möchte mich mit Dir treffen, falls Du das auch willst..."
Es gab also die ganze Zeit keine Auseinandersetzung von Bernd Klagge mit der Vergewaltigung und nun soll es klärende Gespräche geben. Es gibt absolut keine Grundlage für Gespräche. Wir rehabilitieren keinen Vergewaltiger nach dem Motto: nach eineinhalb Jahren ist alles "verjährt".
Diese Zustände zu leugnen, verschweigen, von implizieren daß es hier um eine Beziehungsauseinandersetzung ginge, wollen wir jetzt beenden und hiermit ist es dann auch für alle klar, daß sie es mit einem Vergewaltiger zu tun haben.
Grundsätzlich ist viel von Feministinnen zur Funktion von Vergewaltigung und zur politischen Einordnung geschrieben worden. Wir bewegen uns auf dieser Grundlage. Diese konkrete Erfahrung zeigt, daß es kein gemeinsames Interesse von Frauen und Männern gibt, patriarchale Gewalt aktiv zu bekämpfen. Wir kämpfen auf verschiedenen Seiten. Das heißt, daß wir weiterhin auf unsere eigene Kraft vertrauen, auf die Kraft von Lesben und Frauen. Wir werden uns weiterhin gegenseitig unterstützen und stärken.
An dieser Stelle wollen wir uns zu der Veröffentlichung von Antifa-M äußern. Wir verurteilen das Vorgehen von Antifa-M, die meinen, sie könnten eine Untersuchungskommission einrichten, die feststellt, ob es sich tatsächlich um eine Vergewaltigung handelt. Sie begeben sich damit in die Position zu meinen, sie könnten ein Urteil fällen, das richtig ist. Damit wollen sie eine Machtposition einnehmen, deren Verantwortung sie überhaupt nicht tragen können und die ihnen nicht zusteht. Es ist nebensächlich, ob dann netterweise eingeräumt wird, daß Frauen der Antifa-M ein Gespräch mit der vergewaltigten Frau um die Einschätzung des "Vorfalls" führen sollen. Hier wird der parteiliche Boden verlassen und die Frau unter Druck und Rechtfertigungszwang gesetzt.
Wir grüßen die vergewaltigte Frau und wir wünschen Dir viel Liebe und Kraft.
Wir grüßen alle Frauen, die sich gegen Sexismus und sexistische Gewalt wehren und für ein frauenwürdiges und menschenwürdiges Leben kämpfen.

Vergewaltiger, wir kriegen Euch!
Kampf den Sexisten und Vergewaltigern!
Kampf dem Patriarchat!
Für Frauenbefreiung weltweit!

Hamburg, April 1996



Tagung gegen den Schlußstrich

Erinnerungen an NS - Ende oder Veränderung?
10.-12. Mai 1996, Tübingen

Seit dem Kriegsende haben verschiedenste kritische Initiativen auf eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus hingearbeitet. Und tatsächlich werden spätestens seit den Gedenkfeierlichkeiten zum Kriegsende im Mai 1995 verschiedene Versionen der Erinnerung an den NS als Bestandteil des hegemonialen Diskurses verhandelt. Dabei werden Themen aufgegriffen, die im Kontext einer "Geschichte von unten" nicht vorgesehen waren oder vernachlässigt wurden. Auf dieser Tagung möchten wir diskutieren, welche politischen Bedeutungen und Funktionen die NS-Aufarbeitung im Kontext der offiziellen Politik bekommen hat. Was bedeutet es, wenn den im NS Verfolgten und Ermordeten die deutschen Opfer des Bombenkriegs zugesellt werden? Wenn aus der "Befreiung vom Faschismus" zunehmend eine Gegenüberstellung von "Befreiung des Westens" und "Besatzung des Ostens" wird? Verhilft solches Umschreiben von Geschichte dem vereinigten Deutschland zu einer "ungefährlichen" Form des Erinnerns an die Nazizeit? Was ist davon zu halten, daß gerade die Erinnerung an Auschwitz unter dem Signum "Verantwortung in der Welt" dazu herhalten muß, bundesdeutsches militärisches Engagement zu legitimieren? Vor diesem politischen Kontext möchten wir zur Reflexion unserer eigenen "Erinnerungskonzepte" anregen. Haben wir durch allzu einfühlsame Betonung von Täterperspektiven und "widerspenstigen" Handlungsweisen dem Diskurs über eine positive nationale Identität aller Deutschen einen weiteren historischen Bezugspunkt hinzugefügt? Läßt die naturalisierende Vorstellung, daß es eine Art faschistischen deutschen Nationalcharakter gebe, einen 'Negativen Nationalismus' aufscheinen? Verharmlost der parallelisierende historische Vergleich zwischen Auschwitz einerseits, modernisiertem westlichen Nationalstaatskonzept andererseits aktuelle kulturalistische Versionen von Rassismus und Nationalismus (Uno statt Nation)? Vor dem Hintergrund dieser Selbstkritik möchten wir zum Nachdenken über die Erinnerung an Auschwitz zur Sensibilisierung für den Kampf gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Euthanasie anregen. Daß gleichzeitig mit den Verschiebungen im offiziellen Gedenken die Möglichkeit von Zeitzeugenprojekten immer seltener wird, soll Anlaß sein, unsere eigenen Erinnerungsweisen weiterzuentwickeln. Zur Diskussion dieser Fragen, und zur Vernetzung von Projekten gegen den Schlußstrich und von AntifaschistInnen aus verschiedenen Zusammenhängen laden wir Euch und Sie herzlich ein.

Das Tagungsprogramm befindet sich im Ordner oder kann unter folgender Adresse angefordert werden:
Kontaktadressen/Vorbereitungsgruppe:
Geschichtswerkstatt Tübingen c/o Martin Ulmer, Vogtshaldenstr. 51, 72074 Tübingen, Tel. 07071/23770
Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt c/o Klaus Schönberger, Tel. 07071/295331, Fax 07071/41645
Marion Hamm, Eugenstr. 55, 72072 Tübingen, Tel. 07071/32492
Am Freitag, den 10. Mai wird das Tagungsbüro im Kupferbau um 18.00 Uhr geöffnet. Ab Samstag befindet es sich im Gemeindehaus Lamm. Bitte meldet Euch/melden Sie sich schon am Freitag im Tagungsbüro an (Schlafplätze, Stadtplan, Organisatorisches). Für die Verpflegung muß selbst gesorgt werden. Preiswerte Restaurants sind in der Nähe des Tagungsortes. Außerdem ist die Mensa am Samstag geöffnet.
Tagungsorte: Gemeindehaus Lamm, Am Markt 7, Tübingen; Adolf-Schlatter-Haus, Österbergstr. 2, Tübingen; Kupferbau (Vorlesungsgebäude), Hölderlinstr.5, Tübingen

Linksradikale Altpapiersammelstellen wieder geöffnet!

Das Archiv der Sozialen Bewegungen und das FotoArchivKollektiv haben seit Anfang März übergangsweise Räume in der Ludwigstr. 13 gefunden. Das ist erstmal ziemlich klasse, weil wir jetzt mit dem Wiederaufbau der Archive beginnen können.
Aber erstmal eine Klarstellung. Wie schon öfters betont, sind die neuen Räume nur Übergangsräume, denn wir wollen auf jeden Fall zurück in die Rote Flora. Da aber durch die lange Dauer des Wiederaufbaus die Gefahr zu groß ist, daß die Wiederherstellung der umfangreichen Bestände, die vor allem das Archiv der Sozialen Bewegungen wieder aufbauen muß, nicht mehr zu schaffen wäre, haben wir uns entschieden, für eine Zeit von höchstens einem Jahr neue Räume zu suchen. In der Ludwigstr.13, welche zum Laue-Komplex gehört, haben wir Räume (ca. 120 qm) für DM 580,- mieten können. Diese Summe ist für uns gerade noch leistbar.
Wie schon gesagt, es ist aber nur eine Zwischenlösung. Wobei klar ist, daß die Flora sich nicht von alleine wiederaufbaut. Damit der Aufbau der Flora zu schaffen ist, müssen sich viele Leute daran beteiligen, sei es durch aktive Mithilfe vor Ort (immer Donnerstag, Samstag und Sonntag sind feste Bautage) oder durch Spenden (Konto am Heftanfang) oder sonstwie.
Ja, und da wir von den Archiven fleißige SammlerInnen sind, werden wir versuchen, so schnell es geht in der Ludwigstraße eine eingeschränkte Öffnungszeit einzurichten. Ab dem 6. Juni werden wir also jeden Donnerstag von 16.00 - 19.00 in den Räumen fest erreichbar sein. Die Nutzung der beiden Archive ist dabei erstmal unterschiedlich.
Der Stand im Archiv der Sozialen Bewegungen ist der, daß die Wiedererstellung der Themenbereiche mit Flugis und Broschüren noch einige Monate dauern wird. Bis jetzt sind die 170 aktuellen Zeitschriften, die wir im Abo haben, und einige weitere erfaßt und systematisch zugänglich. Bis Juni sind wir sicher schon ein Stück weiter, aber noch lange nicht so nutzbar wie vorher.
Dabei fragen sich jetzt vielleicht einige, wieso wir denn schon wieder Material haben. Das verdanken wir Materialspenden von vielen verschiedenen Seiten. Das geht von fünf einzelnen Broschüren von Einzelpersonen bis hin zu 30 Kartons von aufgelösten Infoläden. Aber: es reicht noch lange nicht um das zu ersetzen, was wir vor dem Brand hatten. Insofern noch einmal unsere dringende Bitte, eure alten politischen Abenteuer oder Geschichten, aktuelle Debatten oder was immer ihr sonst noch an linksradikaler Vergangenheit oder Gegenwart in Papierform habt, uns zukommen zu lassen. Ihr könnt die Sachen vorbeibringen oder uns schreiben oder unter der unten angegebenen Nummer anrufen. Wir holen die Sachen auch ab!
Die Öffnungszeit für das Archiv der Sozialen Bewegungen ist also erstmals mehr Annahmestelle als Fundgrube. Aber wir sind natürlich bemüht, bei Fragen zu Vergangenem so gut es geht weiterzuhelfen.
Das FotoArchivKollektiv dagegen ist den Mai über noch im Schwarzmarkt, jeweils Freitags in der Zeit von 16.00 bis 18.00 Uhr erreichbar. Der größte Teil des alten Archivmaterials ist bereits wieder einsehbar. Der Zugriff auf das übrige Material ist ebenfalls möglich. Ab Juni ist das FAK dann zu den angegebenen Zeiten in den neuen Räumen zu erreichen.
Darüberhinaus will das FAK seinen Bilderbestand erweitern. Haben wir bisher nur Eigenprodukte des Kollektivs einer linken Szene zur Verfügung gestellt, wollen wir ab jetzt auch gern Bilder zur Verfügungen stellen, die nicht von uns selbst fotografiert worden sind. Vielleicht habt ihr Fotos von Demos bzw. Aktionen oder zu politischen Themen überhaupt gemacht, die für unsere Arbeit interessant sein könnten. Wir würden uns freuen wenn ihr diese Bilder bei uns vorbeibringt.
Insbesondere interessieren uns Bilder von der Roten Flora und von den Auseinandersetzungen um die Rote Flora. Leider ist uns dazu ein ganzer Ordner voll bei dem Brand verloren gegangen. Es wäre toll, wenn wir diese Lücke wieder schließen könnten.
Alles in allem sieht es für beide Archive ganz gut aus. Der Wiederaufbau der Archive geht zwar langsam, aber immerhin stetig voran. Trotz dieser Entwicklung werden wir keine Einweihungsparty in der Ludwigstraße machen, die sparen wir uns auf für die Wiedereröffnung in der Flora!
Um das zu erreichen brauchen wir aber weiterhin nette Menschen, die Geld und Material spenden. Von daher muß dieser kurze Artikel enden mit einem Dank an die bisherige und zukünftige Unterstützung der Archive, bzw. Adresse und Spendenkonto.

Neue Räume:
Archiv der Sozialen Bewegungen + FotoArchivKollektiv, (Klingel "Archive"), Ludwigstr.13. Tel. 433007, Fax. 4330070
Wichtig: Post weiterhin über:
Archiv der Sozialen Bewegungen/FotoArchivKollektiv, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Spendenkonto:
Hamburger Bank, Schröder/Archiv, Kto. 12 26 75 03, Blz. 201 900 03

Schlechte Karten für den Staatsanwalt

- neueste Infos zum Brandanschlag von Lübeck -

aus: "Junge Welt" vom 19.04.96



Drei Monate nach dem Brand im Flüchtlingsheim in der Lübecker Neuen Hafenstraße hat die Version der Verfolgungsbehörden, nach der der Libanese Safwan Eid Urheber des tödlichen Feuers gewesen sein soll, endgültig ihre Grundlage verloren. Nachdem *junge Welt* bereits Ende März mit Bezug auf eine Expertise des Brandgutachters Ernst Achilles über Widersprüche bei den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen der Brandursache berichtet hatte, veröffentlichte am Donnerstag auch das ARD-Magazin "Monitor" Filmaufnahmen aus dem Inneren des abgebrannten Gebäudes, mit denen die Feststellungen der Lübecker Behörde in wesentlichen Punkten widerlegt werden. Die Aufnahmen wurden während eines Ortstermins mit dem Frankfurter Brandexperten am 4. April angefertigt. Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Bundes- und Landeskriminalamt hatten die Teilnahme an der von der Verteidigung anberaumten Besichtigung des Hauses verweigert. Lediglich ein Beamter der örtlichen Sonderkommission nahm teil.
Unterdessen hat die Verteidigerin des Libanesen, Gabriele Heinecke, am Donnerstag angekündigt, daß sich "Persönlichkeiten aus anderen Ländern zu einer internationalen Untersuchungskommission zusammengefunden" hätten. Die Kommission, der sich bislang unter anderem verschiedene Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen aus dem europäischen Ausland angeschlossen haben, soll versu-

chen, "mit den Ermittlungsbehörden Kontakt aufzunehmen und an Ort und Stelle mit ihrer Tätigkeit zu beginnen". Der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller habe, so das Anwaltsbüro auf jW-Anfrage, bereits seine Zusage zu einem Treffen gegeben. Vom schleswig-holsteinischen Justizministerium erhofft sich die Kommission neben einem Gespräch die Erlaubnis, um Safwan Eid im Gefängnis zu besuchen.
Durch den Ortstermin stellte sich heraus, daß es keinerlei eindeutige Spuren für die von der Staatsanwaltschaft festgestellte Brandausbruchstelle im ersten Obergeschoß gibt. Im Gegenteil: Das Beweisstück, eine Spanplatte, in der Einbrennungen zu sehen gewesen sein sollen, ist "verschwunden". Wenig verwunderlich, weisen doch auch sonst die Brandspuren im Haus nach Meinung von Achilles daraufhin, daß das Feuer "eindeutig im Eingangsbereich des Erdgeschosses ausgebrochen ist". Damit wäre der dringende Tatverdacht gegen Safwan Eid nicht mehr aufrecht zu erhalten.
Auch an zahlreichen anderen Punkten wirft die staatliche Ermittlungsarbeit Fragen auf. So soll bei den Toiletten das Feuer bis zum Dach durchgebrannt sein. Beim Ortstermin hingegen waren diese völlig unversehrt. "Selbst das Klopapier hing noch", war beim WDR zu erfahren.
Während die Behörden bereits zwei Tage nach dem Feuer einen Brandanschlag von außen ausgeschlossen hatten, da ein Einstieg nicht möglich gewesen sei, spricht auch hier jetzt vieles für das Gegenteil. Eines der Fenster, das in den hölzernen Vorbau des Gebäudes führte, konnte ohne Schwierigkeiten geöffnet werden. Daß die Bewohner und Bewohnerinnen dies bereits seit Monaten sagen, hat Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter bislang nicht interessiert.
Die Verfolgungsbehörden sind auch jetzt noch bemüht, keine Widersprüche zu der offiziellen Version der Brandursache und der Täterschaft von Eid zuzulassen. So weigerte sich Staatsanwalt Klaus-Dieter Schultz nicht nur, mit Monitor zu sprechen. Nach Veröffentlichung der Informationen des WDR-Magazins war er am Donnerstag nachmittag nicht mehr zu erreichen.
Offenbar gerät die Behörde zunehmend unter Druck. Ende März war an die Öffentlichkeit geraten, daß die vier jungen Männer aus Grevesmühlen, die nach der Tat festgenommen und bereits am nächsten Tag wieder freigelassen wurden, durch Feuereinwirkung versengte Haarenden, Wimpern und Augenbrauen hatten. Auch deren Alibi, nach dem sie sich während der Tatzeit an einem anderen Ort befunden haben sollen, bricht jetzt zusammen, da bekannt wurde, daß der Ausbruch des Feuers laut dem zweiten Haftbefehl Eids eine halbe Stunde früher als bisher angenommen vermutet wird.

Vokü, Bridge und Sonnenschein...

Elli sagt: Flora, wat heißt dat eigentlich? Ist das nur `nen Name? Na, is ja och egol. Auf jeden Fall, was ich eigentlich erzählen wollte, gibt et in diesem Haufen Stein noch so wat wie `nen Raum. Woher ich das weiß? Ich war bin. Das kam so: Ich mußte noch einholen, jo und denn hab ich mi dacht, das kann ich gleich auf dem Weg machen. Nachmittags war Bridge-Runde bei Amilda. und denn ging das schneller als ich dachte und ich bin noch `nen bedden spazierengegangen. Laufen kann ich ja man noch gut, wenn`s mitèn Augen auch schietich is. Amilda wohnt inner Lippmanstr., weißtè, ne, und denn bin ich hinter dieser Flora durch diese, na, wie sagt man , Grünanlage (hihi) geschlendert. Ne de, was sah ich da? In der Ecke, da wo die Sonne so hinknallt, sitzen Jungtsche auf `ner Holzveranda. Kiek mal an, schöönster Fleck in der ganzen Grünanlage. JO und denn hab ich mi dacht, Elli, nix wie hin. Als ich dann sonnen schmalen Steg hochkam, guckte ich schon in bedden schefe Gesichter. Ne Elli, wenne schon hier hoch bist, denn mok wi dat auch! Und das waren nur Jtschungsche, was soll ich mich fürchten? Hab mich also auf sonne Bank gesetzt, und, kiek mal an, waren alle zufrieden. Nur in manchen Augenwinkeln zuckte wohl die Frage: Was will denn die Otsche hier? „Kann ich wohl `nen Pott Kaffee kriegen?" Die Deern meint doch glatt , daß sie entkoffeinierten nicht hätten, aber Kaffee gäb`s bin am Tresen. Und denn bin ich das erste Mal in diesen Kasten, wie einige Jtschungsche das nennen. Noch nen beigen oll, aber nett. Nich so etepetete. Die Musik war auch prima, nich so blöde leise, ne de, konnt ich auch mal was hörn. Buten wollten die gerade Doko spielen, und so´n Jung war nicht von seiner Zeitung wegzukriegen. Zeitunglesen find ich ja och wichtig, tärlich, aber ... Naja, auf jeden Fall hatte ich noch ein bedden Zeit und meinte, ich könnte ja für den Zeitungsjung spielen. Große Augen. Aber ich durfte. Überrascht sind se gewesen, daß se mich nicht haben übern Tisch ziehen können. Ne de, Doko ham wi früher immer in Pausen gespielt. Lange her. Und denn, weils so warm war, weil dat Spiel so spannend wurde, und och die Jtschungsche nach zwei Runden och langsam auftauten, kam ich viel zu spät zum Bridge. Gerade zum Bridge, wo die andern doch immer ne Minute zu früh kommen. Dat sach ich dir, die konnten sich glücklich schätzen, daß ich nich och noch zum Essen geblieben bin...

Termine!!
Montag: 17.00 - 21.00, ab ca.19.30 veganes Essen
Dienstag: 16.00- ??; Dub-Cafe
Mittwoch: 16.30 - ??; es gibt oft Kuchen!!
Donnerstag: 17.00 - 21.00, ab ca.19.30 veganes oder vegetarisches EssenSamstag: 11.00 - 15.00 Frühstück
Sonntag: jede 1. und 3. im Monat ab 12.00 Frauenfrühstück
es gibt jetzt eine Spielesammlung und verschiedene Zeitungen und ähnliche Schriften!!

Aktueller Nachtrag:

Die Haftbeschwerde der Verteidigung hatte auch in zweiter Instanz keinen Erfolg.
Safwan Eid wird weiter in U-Haft bleiben.
Als fadenscheinige Begründung der Staatsanwaltschaft dient weiterhin Safwans "Täterwissen", welches er dem Sanitäter mitgeteilt haben soll.



Faschismustheorie und Antifamobilisierung

Hetendorf - Faschismustheorien - Antifaschistische Strategien

Zum sechsten Mal werden sich dieses Jahr vom 15. - 23. 6. Jung- und Altnazis aus der gesamten BRD in dem faschistischen Schulungszentrum Hetendorf 13 (in der Lüneburger Heide) zur "Hetendorfer Tagungswoche" treffen.

Das Hetendorfer Nazizentrum hat für die europäische rechtsradikale Szene eine zentrale Bedeutung. Die vielfältigen Aktivitäten dort gehen von Schulungen, Parteitagen über sogenannte Jugendarbeit bis zu Wehrsportübungen. Insgesamt hat sich die Bedeutung des Zentrums aber gewandelt; so hat die Nutzungsfrequenz nachgelassen, und von Verboten betroffene Gruppen wie die Wiking-Jugend können nicht mehr ohne weiteres öffentlich dort auftreten.

Unabhängig davon genießt die "Hetendorfer Tagungswoche" durch ihre strömungsübergreifende Ausrichtung und ihren Festcharakter eine besondere Beachtung in der rechten Szene. Maßgebliche VertreterInnen faschistischer Parteien und Organisationen referieren bzw. diskutieren dort eine Woche lang über Kernthemen faschistischer Ideologie (wie z. B. "Die Rassen der Menschheit und ihre seelischen Wesenszüge"). Umrahmt wird das Ganze von "heidnischer Brauchtumspflege" (z.B. germanische Hochzeiten), deren Höhepunkt die Sommersonnwendfeier in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni mit anschließendem "Marsch in den Morgen" sein soll. Jährlich reisen zu diesem Anlaß bis zu 300 Nazis an, auch aus dem europäischen Ausland. Hier pflegen sie Kontakte und knüpfen Verbindungen, über die Rituale und Selbstbefeierungen bestätigen sie sich ihre "germanisch-kameradschaftliche" Identität.

Für dieses Jahr hat sich das "Bündnis gegen Rechts", von dem das "Antifaschistische Pfingstcamp 95" in Sülze sowie drei antifaschistische Sonntagsspaziergänge initiiert wurden, die Verhinderung der "Hetendorfer Tagungswoche" '96 zum Ziel gesetzt.

Das Konzept, welches im folgenden beschrieben wird, ruht auf drei Säulen:

Dezentrale Aktion im Vorfeld ab Anfang Mai (u.a. in: Hannover, Braunschweig, Göttingen)
- Aktionen, Veranstaltungen, Demos, die sich auf die ReferentInnen + deren Organisationen in ihrer Heimat beziehen.
- regionale Mobilisierung gegen die Tagungswoche
- öffentliches Bekanntmachen der Faschisten in ihrer Umgebung
- möglichst viel Druck aufbauen, von Teilnahme abhalten

Zentrale Blockade am Auftaktwochenende (14.-16. Juni)
- Blockade des Zentrums
- Zurückschicken (o.ä.) der Naziautos
- öffentlich wahrnehmbarer Protest gegen das Zentrum
- Be/Verhinderung der Anreise
- Darstellung der antifaschistischen Selbsthilfe

Zentrale Störaktion in der Nacht der Sonnwendfeier (20. Juni, 19.30 Uhr)
- entschlossenes und lautstarkes Stören der Feier
- Verhinderung der Feier in der von ihnen gedachten Form

Für Hamburg sind folgende Aktionen geplant:
1. Juni 96: Demonstration in Winterhude zu verschiedenen faschistischen Zentren. achtet auf Flugblätter und aktuelle Ankündigungen

Das hinter dem konkreten Anlaß stehende, mittelfristige Ziel ist natürlich, den Nazis den politischen Boden in der Region zu entziehen. Das heißt, ihnen die benötigte Ruhe zu nehmen und die neofaschistischen Aktivitäten öffentlich zu machen. Ihrem Versuch, kulturelle und ideologische Hegemonie in gesellschaftlichen Diskursen zu erlangen, soll entgegengetreten werden. Ebenso wichtig ist die politische Weiterentwicklung des Bündnisses zwischen linken und 'bürgerlichen' AntifaschistInnen, welche u. a. die Akzeptanz bzw. (wohl realistischer) die Bekanntheit linksradikaler politischer Selbstverständnisse und Aktionsformen in der Region fördern sollte.
Speziell vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, sich Gedanken über Inhalte und Strategien antifaschistischer Arbeit zu machen. Hier stutzt mensch, weil das ja wohl eigentlich selbstverständlich sein sollte. Häufig genug fällt aber genau das vor lauter Orga- und Mobilisierungsstreß hinten runter, was auch innerhalb des überregionalen Bündnisses zu recht kritisiert worden ist.
Wir wollen über die konkrete Mobilisierung hinaus einen Beitrag zur vertiefenden Diskussion leisten, auch wenn in diesem Rahmen manche Fragestellung nur angerissen werden kann.
Zu diesem Zweck wollen wir:
- ein paar Worte über Erklärungsansätze für Faschismus verlieren, die uns neben der gängigen, vertrauten, ökonomisch bzw. staatsorientierten Sicht wichtig erscheinen;
- etwas zur Rolle der Neo-Nazis in der BRD sagen;
- eine kurze Einschätzung des derzeitigen Rechtsrucks versuchen;
- ansatzweise Strategien entwickeln

Wir setzen den Block 'Erklärungsansätze' bewußt an diese Stelle, weil wir uns offen halten wollen für (vielleicht daraus folgende) abgewandelte Handlungsstrategien.
ALSO: Keine Angst vor der Bleiwüste - sie will durchquert werden!

Dogmatisch-linke Theorieansätze (z.B. Dimitroff, s.u.), die rechte Positionen als 'irrationalistisch' oder 'anti-aufklärerisch' begreifen, übersehen, daß die (neu)rechten Politikvorstellungen sich durchaus im Rahmen (westlich-abendländischer) politischer Rationalität bewegen. Dieses Versäumnis war für uns eines der wichtigsten Kriterien bei der Auswahl der im folgenden dargestellten Theorien.
Wir werden versuchen, diese Ansätze nicht nur summarisch aneinanderzureihen, sondern in Beziehung zueinander zu setzen, wenn möglich, Widersprüche und Verbindungslinien zu benennen. Da unsere Meinungen zu den einzelnen Theorieansätzen kontrovers sind, enthält dieses Papier mit Sicherheit Brüche und Widersprüche, die wir nicht 'glatt zu bügeln' versuchen. Wir freuen uns über Reaktionen/Diskussionsbeiträge Eurerseits !

Die 'klassisch'-marxistische Sicht vom Faschismus vertritt z.B. *Georgi Dimitroff*, für den Faschismus die höchste und entwickelste Form von Kapitalismus darstellte -> Kapitalismus im Endstadium, um die drohende Revolution abzuwenden.

Moishe Postone nähert sich dem Phänomen Antisemitismus1 mithilfe einer materialistischen Erkenntnistheorie: Zur Erklärung wird Marx' Fetischbegriff2 herangezogen (Fetischcharakter der Ware). Ein Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft sei die Vergegenständlichung gesellschaftlicher Beziehungen (z. B. als Ware) als Ausdruck der Entfremdung; der Doppelcharakter der Ware bestehe in Wert und Gebrauchswert, sie werde im Gegensatz zum Geld, das als "Manifestation des bloß Abstrakten" gesehen werde, als positiv gesetzt, somit fetischisiert.
Dem entspräche die Trennung von Industriekapital und Finanzkapital, wobei ersteres als "konkret gegenständlich", "rein", da mit der Produktionssphäre assoziiert, gedacht wird und den "Ariern" zugeschrieben wird. Das Finanzkapital wird als "abstrakt" und "parasitär" gedacht und den "Juden" zugeschrieben.
Dies erklärt die Merkmale des nationalsozialistischen Antisemitismus: übergroße, mythische geprägte Machtzuschreibung ("der Jude" als Quelle allen Übels, geheime, verschwörerische Macht im Hintergrund:

zweigeteiltes Weltbild) und Identifikation "des Juden" mit dem schnell wachsenden Kapitalismus und seinen Folgen.
Nach dieser differenziert ökonomisch argumentierenden Theorie Postones wollen wir, exemplarisch für sozialpsychologische Faschismusanalysen, kurz den (auch marxistisch geprägten) Erklärungsansatz Wilhelm Reichs referieren.

Wilhelm Reich sieht in der Unterdrückung der Sexualität eine der wesentlichen Ursachen für die Anfälligkeit der Menschen für die faschistische Agitation, da sie letztlich die Ursache für die Struktur der bürgerlichen Familie bilde,
deren wichtigste Merkmale:
- dauermonogame Ehe als patriarchale Kerninstitution,
- Reproduktionsstätte reaktionären Denkens,
- sexualverdrängende Moral,
- Unterwerfung und gleichzeitige Identifikation mit dem Vater

seien.
Der Faschismus sei für die autoritätshörig erzogenen Menschen durch das Angebot von Ersatzbefriedigungen attraktiv, wie z. B. Massenaufmärsche, Waffenfetischismus, Männerbünde usw. Die Grausamkeit gegenüber Juden und Jüdinnen und anderen sei im Grunde der 'pervertierte' Sexualtrieb, der sich jetzt als Sadismus, 'Lüsternheit', Raubgier und Neid Bahn breche: "Die Rassenideologie ist ein echt biopathischer3 Charakterausdruck des orgastisch impotenten Menschen." (Zur Kritik des Reichschen Ansatzes: s. Foucault).

Eine Verbindung marxistischer und sozialpsychologischer Denkmodelle (z.B. Reich) haben z. B. auch Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in der "Dialektik der Aufklärung" versucht. Der nun folgende Ansatz *Zygmunt Baumans* bewegt sich in der Nachfolge dieser (älteren) kritischen Theorie.
Nach Zygmunt Bauman ist der Holocaust und damit Faschismus ohne die moderne 'Zivilisation' undenkbar, sei logisches Produkt und nicht Entgleisung derselben; konstituierende Elemente sind in diesem Zusammenhang:
- BÜROKRATIE (organisatorische Effizienz durch Zweckrationalität, ethische Blindheit)
- MILITÄR (Präzision, Disziplin, Affektlosigkeit)
- INDUSTRIE (Wirtschaftlichkeit, wirtschaftliche Effizienz der Todeslager in sich)
- PARTEI (Idealismus, Sendungsbewußtsein).

Folgendes Paradox zeichnet den Rassismus nationalsozialistischer Prägung als entscheidendes Merkmal aus und verleiht ihm seine Gefährlichkeit: Einerseits habe er vormodernen Charakter (Bedrohung einer konstruierten "völkischen Gemeinschaft" durch "den Juden"), andererseits sei er ein ursprünglich modernes Produkt und als solches verknüpft mit dem Aufkommen moderner Wissenschaft und Technologie: Rassismus als moderne Waffe im Dienste eines vormodernen Kampfes zwecks Verhinderung sozialen Grenzübertritts (der Infragestellung des Status quo/Verhinderung des Klassenkampfes, der Überwindung der Klassengesellschaft).

Auch nach Foucault sind NS-Ideologie/Politik im Zusammenhang mit der für die abendländische Moderne charakteristischen politischen Rationalität zu sehen.
Laut *Michel Foucault* hat sich im Zuge der Aufklärung eine neue politische Rationalität herausgebildet, deren Ziel die Regulation der Bevölkerung ist. Entscheidend ist nicht mehr, ob die Individuen in einem Staat folgsam oder ungehorsam sind, sondern ob sie "nützlich" und "gesund" sind. Die entsprechenden Machttechnologien, die "Gesundes" aufwerten und "Lebensunwertes" definieren, faßt Foucault unter dem Begriff "Bio-Macht" zusammen. Biopolitik ist sowohl auf den individuellen Körper gerichtet (Disziplinierung des Körpers: Körper als Maschine), als auch auf den "Gattungskörper" (Gewährleistung und Regulierung der Fruchtbarkeit der Gattung). Eine entscheidende Rolle kommt in diesem Zusammenhang der Sexualität zu, über die die biopolitischen Maßnahmen das Individuum wie die Bevölkerung 'durchdringen'.

Die Diskursivierung, - d.h. Definition/Erfassen durch Begriffe aus einem bestimmten Interesse -, des Sexes vollzieht sich im Zusammenhang mit den wissenschaftlich-rationalen Disziplinen wie Demographie, Biologie, Medizin, Psychiatrie usw. "Normalität" wird zum wichtigsten Gebot innerhalb des modernen Machtregimes. Diesen Zusammenhang von Sexualität und Bio-Macht übersieht Wilhelm Reich: Ein 'Ausleben' der Sexualität führt nach Foucault nicht zu einer 'Aufhebung' des Rassismus; ganz im Gegenteil bilden Sexualität und Rassismus gemeinsame Diskurse. Insofern Reich ein normatives 'Sexual-Ideal' setzt, hat er Teil an diesem biopolitisch-rassistischen Diskurs. (siehe Zitat oben)
Nach Foucault stellt Rassismus die für ein modernes Machtregime notwendige Bedingung dar, andere (als "minderwertig", "lebensunwert" etc.) töten zu können: "Der Rassismus, das ist die Akzeptabilitätsbedingung4 des Tötens in einer Normalisierungsgesellschaft".
Im Rassismus wird die 'Verschmutzung' des 'Gesellschaftskörpers' durch 'Fremde' und 'Abweichende' halluziniert. Der moderne Staat stellt dabei diejenige Instanz dar, die die 'Integrität, Überlegenheit und Reinheit der Rasse' schützen soll. Die letzte Konsequenz dieser biopolitischen Vorstellungen ist eine Politik der 'totalen Reinigung', die die vollständige Vernichtung des 'Anderen' beinhaltet.
Der von Foucault beschriebene Rassismus funktioniert nicht ideologisch, sondern produziert bestimmte Körper, wirkt sich also materiell aus: So wie der völkische Blick den Volkskörper schafft, der sexistische Blick den Geschlechtskörper, schafft der rassistische Blick schafft den 'Rassenkörper', zunächst als Konstrukt, dann als Realität. Die beschriebenen Machtbeziehungen zwischen 'werten' und 'unwerten' wohnen den Körpern materiell inne. Rassismus und auch Nationalismus sind nicht einfach 'Vorurteile', die durch 'Aufklärung' abzuschaffen wären.

Die Konzeption des 'Anderen' als permanente Bedrohung, als 'Fremdes' und 'Abweichendes', das das 'Eigene' zu 'überfluten' droht, wird auch von *Klaus Theweleit* in seiner psychoanalytischen Untersuchung des Faschismus thematisiert. Er faßt faschistische Politik vor allem als Tätigkeit bestimmter männlicher Körper auf. Der 'Typ des soldatischen Mannes' habe sich nach harter Körperdisziplinierung5 (auch hier der Körper als (Kampf-) Maschine) aus Angst vor den Körperwünschen einen "Körperpanzer" zugelegt. Das 'harte Äußere' stehe nun einem 'chaotischen (unbewußten) Inneren' gegenüber, in das nicht integrierbare Körperregungen und zerreissende Gefühle abgeschoben würden. Diese Aufspaltung ziehe nun das Gefühl ständiger Bedrohung durch den "Anderen" ('Zersetzung' durch die "rote Flut", das "Weibliche" und die "Rassenvermischung") nach sich, das letztendlich den Wunsch nach 'Ausrottung' des "Anderen" hervorbringe.
Nach Theweleit ist es also nicht zuletzt das eigene Unbewußte, das als 'krankhaft', 'weibisch' und 'jüdisch' in den Opfern, den Gequälten vernichtet wird. Die "Angst des soldatischen Mannes vor dem Vermischten" läßt ihn noch umfassendere, sicherere Körperpanzer wie "Rasse" und "Nation" suchen. "Höherer Rasse" zu sein bedeutet für den soldatischen Mann: "Ich bin nicht niederer Klasse, bin nicht Masse, nicht Proletariat, nicht Weib, nicht Tier. (...) Ich bin Mann, hochstehender einzelner, bin Formation..." In diesen männerbündischen Phantasien, die um Zwangsvorstellungen von "Aufstieg (Härte, steigender Phallus)" und "Lösung von der verrottenden Welt (weiblicher Sumpf)" kreisen, zeigt sich die 'phallische Logik des Einen', die das Ganze favorisiert ("ganze Kerle") und nichts 'Halbes', 'Abweichendes' leben läßt.
Der Faschismus habe nun adäquat auf den männlichen Wunsch nach Ausbruch aus dem eigenen Körperpanzer reagiert: Im Massenaufmarsch z. B. hätten 'innere', körperliche Wünsche fließen dürfen - aber in den 'männlichen' Grenzen der Massenformation. Im Faschismus habe der soldatische Mann also "weniger eine ökonomische Position als seine psychische Konstitution" verteidigt 6.
Faschistische Politik bietet also nach Theweleit dem Ich (als klar umgrenzter Einheit) nicht 'Triebbefriedigung', sondern vor allem die Möglichkeit, die Stabilität seines

Körperpanzers zu bewahren und sich als identisch zu erleben. So gesehen, stellt 'der faschistische Mann' keinen 'Ausrutscher' dar, sondern gehört zur "Geschichte des männlich-europäischen Ich".
Das Faschismusproblem ist demnach keineswegs gelöst.
An dieser Stelle wird der Ausschlußcharakter der Identitätskonstitution als entscheidende(s) Voraussetzung/Merkmal für die Konstruktion des 'Anderen' und damit auch für faschistische Vernichtungspolitik deutlich.

Die von uns skizzierten Theorieansätze stammen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und unterscheiden sich auch in ihrer jeweiligen Herangehensweise. Wir gehen davon aus, daß es sich bei der Entstehung von Faschismus um ein Zusammenspiel von vielen Faktoren Geschehen handelt, um ein Zusammenwirken von teilweise konkurrierenden und sich in Teilaspekten sogar widersprechenden Systemen, die nicht ohne weiteres in einen 'logischen'/systematischen oder gar hierarchischen Zusammenhang gebracht werden können (z. B. das Verhältnis Kapitalismus - Rassismus - Sexismus).
Vielmehr scheint Faschismus aus einem komplexen Zusammenwirken verschiedenster Faktoren zu entstehen, die der gesamten 'modernen' westlichen Gesellschaft als Strukturmerkmale innewohnen. Neben ökonomischen (Marx u. a., Postone), sozialpsychologischen bzw. psychoanalytischen (z.B. Reich und Theweleit) und 'zivilisationskritischen' (z.B. Bauman) Aspekten erscheinen uns vor allem diskursanalytische (z.B. Foucault) Überlegungen zur Identitätsproblematik plausibel.

Der zweite Teil, in dem es um die Rolle der Neo-Nazis in der BRD, eine kurze Einschätzung des derzeitigen Rechtsrucks und eventuell um die Entwicklung von Strategien gehen wird, folgt in der nächsten Ausgabe der ZECK.

plantifa

Anmerkungen:

1 Auf das Verhältnis von Faschismus und Antisemitismus soll im zweiten Teil noch eingegangen werden.
2 Fetisch bedeutet ursprünglich: 'Gegenstand, dem schützende oder helfende Zauberkraft zugestanden wird.'
3 biopathisch: biologisch krank
4 Annehmbarkeit
5 Theweleit analysiert vor allem die Jungen-Erziehung in Kadettenanstalten der wilhelminischen Zeit Der Typus des soldatischen Mannes, der entscheidend zum Sieg des Faschismus beigetragen habe, sei demnach schon zu Beginn des I. Weltkrieges in wesentlichen Zügen vorhanden gewesen, eine Verstärkung habe durch die deutsche Niederlage stattgefunden, die als narzißtische Kränkung empfunden worden sei
6 Der von der Linken angenommene Zusammenhang von 'bürgerlich-kapitalistisch' und 'faschistisch' gilt nach Theweleit nur für die Ökonomie. Auf der "Seite des Wunsches" hingegen manifestiere sich die Anti-Bürgerlichkeit des soldatischen Mannes, die keine Pose sei. Der 'herumsitzende' Bürobürger sei mehr gehaßt worden als der Arbeiter

Literaturliste Faschismustheorien

Da die verschiedenen Faschismustheorien in dem Text doch sehr knapp dargestellt wurden, hier eine kleine Literaturliste zum Thema, für alle, die gerne weiterlesen möchten:

Abendroth, Wolfgang: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/M. 1967
Baumann, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt/M. 1995 (Fischer)
Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit. Bd. 1, Der Wille zum Wissen, Frankfurt/M. 1983 (Suhrkamp)
Müller, Jost: Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin - Amsterdam 1995 (ID-Archiv)
Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt/M. 1984 (Fischer)
Postone, Moishe: Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Redaktion diskus (Hg.): Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken. Berlin, Amsterdam 1992, S. 425 _ 437 (Edition ID-Archiv)
Theweleit, Klaus: Männerphantasien, 2 Bd, Frankfurt/M. 1977/78

Der Prozeß gegen den Neonazi Gary Lauck

Am 9. Mai beginnt vor dem Hamburger Oberlandesgericht der Prozeß gegen den US-Amerikanischen Neonazi Gary Lauck. Lauck ist offizieller Führer der NSDAP/AO, und war zuletzt in erster Linie für den Postvertrieb im Netz dieser in Deutschland illegalen Partei zuständig. Von den USA aus war er verantwortlich für die Verschickung von Nazi-Propagandamaterial weltweit, sowie Herausgeber der NSDAP/AO Zeitschrift "NS Kampfruf". Die Ermittlungen gegen Lauck in Deutschland liefen seit nunmehr 10 Jahren, ohne daß er jemals rechtskräftig verurteilt wurde. Daß dies nun ausgerechnet jetzt nachgeholt werden soll erscheint auf den ersten Blick verwunderlich. Nicht allein die Auslieferung Laucks von Dänemark nach Deutschland macht es den Behörden nun möglich, öffentlichkeitswirksam einen Prozeß zu führen. Der Zeitpunkt Lauck exemplarisch abzuurteilen, scheint günstig: - Trotz der Verbote gegen eine Reihe militanter Nazi-Parteien ist nicht viel von einer Abnahme des rechten Terrors zu sehen. Ein solcher Prozeß bietet die Möglichkeit ein konsequentes Vorgehen gegen Nazis vorzugaukeln, während kategorisch staatlicherseits weiterhin eine NSDAP/AO Zellenstruktur in Deutschland geleugnet wird. Die NSDAP/AO wird als ein Ein-Personen-Propaganda-Verteiler ohne jeglichen Hintergrund dargestellt. Das Mißtrauen von AntifaschistInnen zum Umgang der deutschen Justiz mit Nazis läßt sich am Beispiel Lauck anschaulich verdeutlichen: Nachdem es die NSDAO/AO geschafft hat, ihren Propagandaverteiler nun auch unabhängig von Lauck aus dem benachbarten Ausland heraus zu organisieren, hat eine Verurteilung zwar einen medienträchtigen Charakter, ändert aber nichts am Vertrieb der Nazi-Propaganda. Es besteht seit fast 20 Jahren kein politischer Wille, dies wirkungsvoll zu unterbinden, warum sollte es jetzt anders sein? Seit 1973 existiert die Zellenorganisation NSDAP/AO in Deutschland. Mehrfach gab es Hausdurchsuchungen bei Nazis, bei denen dies bestätigt wurde. Dennoch wird vehement die Existenz einer solchen Struktur geleugnet. Ihre Mitglieder werden als Einzeltäter dargestellt. Die Entscheidungsträger des NSDAP/AO-Netzwerkes sitzen in Deutschland selbst und sind Nazikader mit jahrelanger politischer Karriere. Nazi-Persönlichkeiten wie z.B. der Hamburger Christian Worch sind für Aktivitäten der NSDAP/AO weit wichtiger als Lauck. Als AntifaschistInnen halten wir es für wichtig einen zu erwartenden Naziauflauf während des Prozesses entgegenzutreten. Nazifunktionäre rufen ihre Anhänger zur Zeit dazu auf, den Prozeß zu besuchen um eine rechte Öffentlichkeit herzustellen. Wir wollen nicht hinnehmen, daß dieser Prozeß zum Stelldichein der organisierten Neonazis wird, und befürchten eine an der Einzeltäterthese ausgerichtete Prozeßführung.

Deshalb planen wir für den ersten Prozeßtag eine Demonstration und eine Kundgebung und werden anschließend gemeinsam die antifaschistische Gegenöffentlichkeit im Prozeßsaal herstellen.

Werdet aktiv gegen Neonazis! Besucht organisiert und in Gruppen den Prozeß! Schafft die antifaschistische Gegenöffentlichkeit! Gegen Nationalismus, Sexismus und Kapitalismus!

Smash Fascism, Lauck to hell!

Demo und Kundgebung zur Prozeßeröffnung:
Do. 9. Mai 8 Uhr
Treffpunkt: U-Bahn Feldstr.

Der Zug ist noch nicht abgefahren!

Bericht aus dem Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Dem Termin am 4.3. waren Pressemeldungen vorangegangen, daß ein suspendierter BKA-Beamter Strafanzeige wegen Urkundenunterdrückung gestellt habe. Von ihm und nicht suspendierten, aber versetzten Beamten angefertigte Analysen aus der Zeit vor und nach Bad Kleinen, die Steinmetz' Rolle im RAF-Gefüge herausstrichen und damit dessen Weiterstadt-Beteiligung nahelegten, und die Birgit - in bislang nicht berichteter Weise -entlasteten, seien aus den BKA-Akten entfernt worden, sie selbst seien unter Druck gesetzt worden, die entsprechenden Analysen und Ergebnisse zurückzunehmen.
Die Verhandlung begann mit einer Erklärung, die sich mit diesen Prozeßberichten auseinandersetzte. Einmal stellte sie deutlich heraus, wie sehr der Vorgang erneut belege, daß Aktenmaterial nach Gutdünken der BAW den Prozeßakten beigefügt oder vorenthalten werde.
Zweitens bekräftigte sie ihre Erklärungen und Äußerungen zu Steinmetz. Dieser sei wie andere Nicht-Mitglieder in RAF-Aktionen nicht eingebunden gewesen.
Sie erinnerte an verschiedene von Sicherheitsdiensten produzierten falschen Beweismitteln, die in RAF-Verfahren eine Rolle spielten. Im Keller des V-Manns Nonne, der vom hessischen VS geführt worden war und bei dem sich das Herrhausen-Kommando einquartiert haben sollte,. seien Sprengstoffkomponenten gefunden worden. (Die V-Mann-Operation endete für die Sicherheitsdienste mit einem Fiasko: Nonne, in psychiatrischer Behandlung, bekundete, wie er und seine Aussage vom VS präpariert worden waren.)
Birgit verwies als zweites Beispiel auf ein angebliches Kassiber, das ihr Bundesanwalt Flieger im Knast vorgehalten habe und auf dem im Klartext der Termin eines Treffens aus ihrer illegalen Zeit aufgeführt war.. Klartexttermine, auf Kassibern seien für eine illegale Gruppe wie die RAF lebensgefährlich. Das Beweismittel war eine Fälschung.
Entsprechend müsse eine Fälscherwerkstatt im BKA die sog. Belastungsindizien zu Steinmetz produziert haben, die die kaltgestellten BKA-Leute - ein Analyse-Trupp - zu ihrer Bewertung von Steinmetz geführt habe.
Schließlich deutete sie den erneuten Steinmetz-Rummel und die Steinmett-Weiterstadt-Story mit ihrer „Focus"sierung in der Repression gegen das Frankfurter Wohnprojekt Fritzlarer Straße als Versuch, erstens im Frankfurter Prozeß mit der Weiterstadt-Story von der Vertuschung der Hinrichtung von Wolfgang Grams in Bad Kleinen abzulenken, zweitens Kriminalisierung gegen linke Restbestände zu organisieren und drittens aktuell den Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz - wo Steinmetz geführt wurde - zu beeinflussen. (Wie schon dem damaligen Ministerpräsidenten Scharping als Kanzlerkandidat der Steinmetz-Weiterstadt-Schatten angehängt werden sollte.)

Die Anwälte griffen die BAW wegen der erneut sichtbar gewordenen Aktenmanipulation scharf an und beantragten u.a. die Beiziehung der angesprochenen Berichte und die Ladung des Anzeigenerstatters aus dem BKA-Trupp.
Bundesanwalt Hemberger kam nicht umhin, zu den Anträgen und zu den Presseberichten Stellung zu nehmen. Das BKA habe auf seine Nachfrage hin die Äußerungen des Suspendierten für substanzlos erklärt, wolle jedoch weitere Nachprüfungen vornehmen, „in sich gehen", wie Hemberger sagte. Hemberger sprach sich gegen den Ladungsantrag aus.
Während er zunächst äußerte, die angesprochenen Berichte seien ihm nicht bekannt, zog er sich später darauf zurück, er habe „Entlastendes" nicht vorenthalten. Als Anwältin Seifert die BAW der Lüge bezichtigte, kündigte Vorsitzender Schieferstein an, die Rechtsanwaltskammer über die Entgleisung zu unterrichten.



Birgits Versuch, zu den Maßnahmen gegen ihre Mitgefangene Monika Haas, für die derselbe Senat verantwortlich ist, eine Erklärung abzugeben, wurde durch gewaltsame Entfernung aus dem Gerichtssaal unterbrochen. (Die unstreitig verhandlungsunfähige Monika Haas, die an einem schweren Bandscheibenvorfall leidet, wird derzeit von Birgit gepflegt und steht unter der Drohung, gewaltsam ins Haftkrankenhaus Kassel überführt zu werden. In diesem Fall werden Birgit und Monika Haas in den Hungerstreik treten.)
Zwischenrufende Zuschauer („Das könnt Ihr Schweine" - „Nazis" ...) waren sofort von Bullen umringt. Nach einer Unterbrechung wurde ein Zuschauer, dessen Personalien die Bullen festgestellt hatten, vom Gericht aus dem Saal verwiesen. Die Verhängung einer Ordnungsstrafe behielt sich der Senat vor.

Danach wurde die Zeugin Beyer vernommen. Sie hatte zusammen mit ihrem Mann 1985 ihren PKW an eine weibliche Person verkauft, die sie so beschreibt:
dunkles Haar, kräftig, untersetzt, Brillenträgerin, lückenhafte Zähne. Auf letzteres hätte sie besonders geachtet, weil sie selbst Zahntechnikerin sei. Nach ihren Angaben wurde sie damals viermal verhört und mit Lichtbildmappen und Fahndungsplakaten von gesuchten RAF-Leuten (diese hingen im Aufzug eines Polizeigebäudes und sie und ihr Mann deuteten sie in Anwesenheit eines begleitenden Polizisten) konfrontiert. Auf einem Fahnungsplakat will sie eine gewisse Ähnlichkeit mit der Frau festgestellt haben, die das Auto kaufte. Es war nicht Birgit Hogefeld. Nach den Ereignissen in Bad Kleinen nannte sie die beiden mit den etwas dunkleren Haaren als die Personen, die eine Ähnlichkeit mit der Autokäuferin hatten.
Längst hatte sie wohl mitgekriegt, was Polizisten, Bundesanwaltschaft und Gericht gern hören würden. Und während das Bild von der Frau, die tatsächlich das Auto vor 11 Jahren gekauft hatte, immer mehr entschwand, wurde ihr das Bild von Birgit Hogefeld immer mehr eingetrichtert, so daß sie schließlich auch bei der auf der Anklagebank sitzenden Birgit Hogefeld - im Gerichtssaal befragt - Ähnlichkeiten feststellte. Gericht und BAW konnten mit ihrer meisterhaften Zeugenmanipulation zufrieden sein. Die Schilderung, die die Zeugin vor 11 Jahren von der Autokäuferin gegeben hatte, traf in fast keinem Punkt auf Birgit Hogefeld zu und vor allem auch nicht in dem konkretesten Merkmal der lükkenhaften Zähne. Die Strategie der Aufweichung dieser zentralen, harte Fakten benennenden Aussage wurde im Prozeß von Richter Klein mit der Suggestionsfrage eingeleitet, ob die Zahnlücken durch Auftragen schwarzer Farbe vorgetäuscht sein könnten.
(Zur Vernehmung des Ehemanns Beyer im Frankfurter Prozeß siehe Info 2, Seite 2.)
Am 12.3. bezeugte Birgits Zahnarzt, daß sie im sichtbaren Bereich weder Lücken noch Kronen oder Brücken hat. Die sachkundige Frage des Gerichts, ob sie Implantate habe, verneinte er. Auf so eine Frage kann nur kommen, wer meint, man könne und dürfe sich alles kaufen, und wer dabei auch das entsprechende Gehalt bezieht.
Für den 19.03. war der suspendierte BKA-ler Lange (s.o.) geladen. Seine Befragung wurde jedoch auf den 14. Mai vertagt, nachdem das Gericht den Text seiner Strafanzeige gelesen hatte - was genau sie zu dieser Entscheidung veranlaßt hat, blieb der Öffentlichkeit verborgen. Jedenfalls haben sie im Anschluß neue Prozeßtermine bis Anfang Juni festgelegt.

Quelle Prozeßinfo 11

****

Prozeßtermine:
Di. 07.05 9.30 Uhr Di. 14.05. 9.30 Uhr
Di. 14.05. 9.30 Uhr Di. 21.05. 9.30 Uhr
Mo. 03.06. 9.30 Uhr

Gerichskomplex OLG Frankfurt/Main, Konrad-Adenauer Str. Eingang Hammelgasse (gegenüber Vilbeler Str. Kreuzung Konrad-Adenauer Str./Seilerstr.) S-Bahn Konstabler Wache

Veranstaltung zu Bad Kleinen und dem Prozeß gegen Birgit Hogefeld Freitag 10. Mai Brigittenstr. 5 19.30 Uhr

Sternschnuppen gegen Machleidt

Kommunique: Aktion gegen den Vizepräsidenten des Landesarbeitsamtes Nord, Helmut Machleidt.

Sie würden uns gern im Knast begraben
Sie würden uns gerne zum Teufel jagen
Doch der Teufel will uns garnicht haben
Wartet auf sie schon seit ein paar tausend
Jahren
Ich mein die Menschenjäger
Und die Schreibtischtäter

die frühen Ton Steine Scherben

Heute haben wir dem Vizepräsidenten des Landesarbeitsamtes Nord, Helmut Machleidt, Heidkoppel 15, 22844 Norderstedt, Tel. 5226894, einen Besuch abgestattet. Dabei gingen Scheiben zu Bruch. Buttersäure und Farbflaschen wurden im und am Haus hinterlassen.

Machleidt ist als professioneller Menschenjäger und Schreibtischtäter im Zuständigkeitsbereich des Landesarbeitsamtes Nord, d.h. Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit dem Kampf gegen die "Schwarzarbeit" und insbesondere mit dem Aufbau und der Instruktion von Fahndungsgruppen befaßt. Sein jüngstes Projekt ist die Einrichtung und Schulung der sog. Sonderprüfgruppe Außendienst Bau, die nach mehrmonatiger Vorbereitung seit dem 1.04.96 ihre 50 Schnüffler vor allem auf Baustellen in Hamburg und dem südlichen Schleswig-Holstein losläßt. Die AD Bau soll die bisherige Hamburger Fahndungsstruktur von Arbeitsamt, Hauptzollamt und Polizei unterstützen.

Bei seinen Pressekonferenzen und Verlautbarungen geht Machleidt gerne in die Vollen, arbeitet mit drastischen Bildern und Bedrohungsszenarien. So erfahren die ZuhörerInnnen, "daß die Schattenwirtschaft ein Krebsgeschwur(!) für die Wirtschaftsordnung darstellt", daß "Schwarzarbeit" unser(!) soziales System und die Wirtschaft in Frage stellt sowie dafür verantwortlich ist, daß der "Volks"-wirtschaft jährlich 100 Milliarden DM als auch 100 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Damit dies ein Ende hat, plädierte Machleidt für die neue Fahndungsgruppe, die nach dem Vorbild einer Berliner Einheit gebildet wurde, welche schon ein Jahr die Baustelllen an der Spree unsicher macht, mit hoher Efffizienz wie Machleidt (nomen est omen) versichert- jede vierte überprüfte Person sei "illegalerArbeit" nachgegangen. Und er weiß auch genau was mit einem großen Teil der abgegriffenen illegalisierten MigrantInnen geschieht, wenn er bei Pressekonferenzen von Ausweisungen plaudert. Die Verwahrung der durch seine Arbeit geschnappten Migranten im Abschiebeknast Glasmoor, nur knapp einen km Luftlinie von seinem Eigenheim entfernt, kann er sich bei seinen Spaziergängen rund um den Tangstedter Forst ansehen. Im Containergefängnis von Glasmoor sassen und sitzen viele illegalisierte Bauarbeiter vor allem aus Osteuropa. Auch in anderen Abschiebeknästen wie Büren und Mannheim sind ein hoher Prozentsatz der Gefangenen bei Razzien festgenommene "Schwarzarbeiter", denen oft bei ihrer Festnahme das Geld gestohlen wird, um ihre Unterbringung in den Knästen und ihre Abschiebungen zu finanzieren. Neben repressiven Maßnahmen vertritt Machleidt aber auch die altbekannte Forderung von Kapital und Reaktion nach Senkung der Lohnnebenkosten.

Zur Erfolgsquote des Landesarbeitsamtes Nord läßt sich sagen, daß jährlich in über 70.000 Fällen von sog. "Leistungsmißbrauch" ermittelt wird. 1994 wurden 60.000 Verfahren gegen "SchwarzarbeiterInnen" angestrengt.

Neben den bisherigen ca. 70 FahnderInnen des Arbeitsamtes und 50 Schergen von der neuen AD Bau ermitteln in Hamburg noch eine Einheit des Hauptzollamtes (ca. 30 Leute) und der Bullen (ebenfalls ca. 30 BeamtInnen) im Bereich der "Schwarzarbeit". Die Polizeitruppe ist das LKA 225. Sie nahm im Oktober 94 die Arbeit auf und ist der Inspektion für Wirtschaftsdelikte angegliedert. Delikat an dieser Abteilung ist, daß der Hamburger Senat nur bereit war die jährlich für sie benötigten 1,3 Mill. DM an Mitteln bereitzustellen, wenn ihre Ermittlungsarbeit den Haushalt der Stadt um 11 Mill. DM pro Jahr entlastet. Das soll über die Eintreibung von Strafgeldern und Steuernacherhebungen geschehen. Dabei wurden als Zielgrößen schon mal 4,6 Mill. DM an Rückforderungen von gezahlter Sozialhilfe sowie nochmal dieselbe Summe an Strafgeldern kalkuliert. Das LKA 225 hat 1995 Ermittlungen gegen 1800 ArbeiterInnen eingeleitet, die "gegen das Ausländerrecht verstoßen haben". Der Zoll, in Hamburg bei Razzien besonders aktiv, schult seine Fahndungsgruppen in Selbstverteidigung, da es angeblich vermehrt zu Auseinandersetzungen während der Kontrollen kommt. Das Harburger Arbeitsamt läßt einen privaten Wachdienst im Gebäude patroullieren, um so wörtlich "kritisches Publikum abzuschrecken". Im September 95 gab es eine Initiative zur verstärkten Koordinierung und Effektivierung der drei ermittelnden Dienststellen. Die FahnderInnen von Zoll, Arbeitsamt und Polizei sollten in der Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung (RIB) gemeinsam untergebracht werden. Inwieweit dieser Plan umgesetzt wurde ist uns nicht bekannt.

Seit Anfang der 80er Jahre wurde die Bekämpfung der "Schwarzarbeit" über diverse Gesetzesverschärfungen vorangetrieben. Neben der Figur des "Asylbetrügers" wurde der "Sozialbetrüger" konstruiert. Schlagworte wie "kollektiver Freizeitpark", "soziale Hängematte" machten die Runde. Als Kampfbegriff führte Kohl den zu bekämpfenden "Wildwuchs" ein, da ihnen all das, was nicht in ihre Vorstellung von Norm/Normierung paßt, ein Dorn im Auge ist.

Bundesweit sind 25 Stützpunktarbeitsämter geschaffen worden, die besondere Abteilungen für die Verfolgung von Illegalisierten und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden haben. Der Personalbestand dieser Abteilungen ist erheblich aufgestockt worden. 1992 nahmen dann die Hauptzollämter die Jagd auf "SchwarzarbeiterInnen" auf. Der durch den EG-Binnenmarkt entstandene Personalüberhang wurde aufgeteilt. Der BGS übernahm die Sicherung der Ostgrenze der "Festung Europa" und die dem BGS entwischten GrenzgängerInnen sind der Fahndung durch den Zoll ausgesetzt. Ebenfalls 1992 wurde die Praxis von aus Propagandagründen bundesweit durchgeführten Großrazzien begonnen. Bisher gab es sechs dieser sog. Schwerpunktaktionen. Anläßlich der letzten uns bekannten sind im September 95 22.000 ArbeiterInnen von ein paar tausend Schergen der Arbeits- und Zollämter kontrolliert worden. Diese registrierten 3.000 Fälle von "illegaler Beschäftigung" und "Leistungsmißbrauch". 1.100 AusländerInnen ohne Arbeitserlaubnis wurden festgestellt. 600 ArbeiterInnen bezogen "zu Unrecht" Arbeitslosenunterstützung. 1995 gab es bundesweit Überprüfungen von 300.000 Personen an ihren Arbeitsplätzen, 500.000 Ermittlungsverfahren wegen "Leistungsmißbrauch und illegaler Beschäftigung" sind eingeleitet worden, knapp 80.000 wg. "illegaler Ausländerbeschäftigung".

1995 wurden in Hamburg ca. 2500 Baustellen überprüft. Gerade der Bau ist neben dem Hotel- und Gaststättengewerbe, Transport und Reinigung im Visier der Schnüffler. Hier gehen sehr viele Menschen mit sehr unterschiedlichem Status verschiedensten Arten der "Schwarzarbeit" nach:

- sog. Werkvertragsarbeiter aus Osteuropa, die neben der im Vertrag vorgesehenen Arbeit auch andere Tätigkeiten auf derselben oder anderen Baustellen durchführen

- Arbeiter aus Osteuropa, die sich zu "Gesellschaften bürgerlichen Rechts" zusammenschließen und auf diese Weise nicht den Nachweis einer Arbeitserlaubnis erbringen müssen
- Leute mit deutschem Paß, die neben ihrer Sozi oder Arbeitslosenkohle dazu verdienen
- Asylbewerber, die lediglich nach dem rassistischen § 1 des Arbeitsförderungsgesetzes arbeiten dürfen, d.h. sie müssen sich selbständig eine Arbeit suchen, die das Arbeitsamt jedoch erstmal "deutschen" und EU-Arbeitern anbietet. Erst wenn sich in diesen Gruppen kein Interessent für den Arbeitsplatz findet, ist der sog. Asylbewerber berechtigt, die Arbeit anzunehmen.
- Migranten , die illegal in die BRD kommen und hier leben ohne sich bei einer Behörde zu melden
- ... und viele andere mehr

Letztes Jahr hatte sich in der Admiralitätsstraße ein sog. "Arbeitsstrich" etabliert, wo gerade Touristen aus Osteuropa und Asylbewerber ab 4 Uhr morgens darauf warteten von "Subunternehmern" auf Baustellen oder andere Arbeitsorte gefahren zu werden.

Ganz offenbar werden unter dem Stichwort Illegalität ganz unterschiedliche Sachverhalte zusammengefaßt, wie z.B. illegaler Aufenthaltsstatus oder illegale Beschäftigungsumstände. Ihrem Status entsprechend differieren auch die Löhne von 1-20 DM pro Stunde. Dazu kommen noch die sog. Billiglohnarbeiter aus EU-Staaten, insbesondere aus England, Portugal und den Niederlanden. Sie arbeiten hier als "Scheinselbstständige" oder Angestellte von EU-Firmen zu den in ihren "Herkunftsländern" üblichen Tarifen. Bei diesen Arbeitern fallen keine Lohnnebenkosten an und sie sind bisher auch nicht an Mindestlöhne gebunden. Um einen solchen Mindestlohn geht es u.a. bei den aktuellen Auseinandersetzungen um das "Entsendegesetz".

Auf dem Bau kommt es zur Zeit zu einer sich verschärfenden rassistischen Mobilisierung. Angesichts der Strukturveränderung im Hochbau, des Einknickens des mit der Annexion der DDR einhergegangenen Baubooms, der Abnahme öffentlicher Aufträge und des sozialen Wohnungsbaus ziehen sich die Großen der Branche zunehmend auf die Funktionen des Generalunternehmers zurück, der plant, koordiniert und kontrolliert. Die Tendenz geht zu relativ kleinen Stammbelegschaften von Ingenieuren und Fachkräften. Die eigentliche Bauarbeit wird an Fremdfirmen delegiert, die auf ein großes Angebot an "Billigarbeitern" zurückgreifen können. Zehntausende "deutscher" Arbeiter wurden bereits entlassen, weitere 90.000 Arbeitsplätze sollen nach den Plänen der Bauindustrie allein in diesem Jahr abgebaut werden. Parallel dazu wird eine hetzerische Politik via Medien betrieben. Der Tenor ist überall gleich: Ausländische Billigschwarzarbeiter nehmen deutschen Arbeitern die Stellen weg. Propagandistisch wird vorgegaukelt, daß das Entsendegesetz plus Mindestlohn (im Februar verabschiedet), den Arbeitsplatzabbau aufhalten könne und zu größerer sozialer Gerechtigkeit führen würde. Dieses Gesetz gilt aber ohnehin nur bis 1999 und lediglich für EU-Arbeiter. Das Kalkül der Bauindustrie eine neue unterste Tarifgruppe einzuführen, die dann auch auf "deutsche" Bauarbeiter angewandt werden wird, bleibt unerwähnt. Bei den Verhandlungen zwischen IG Bau und der Bauwirtschaft über den für das Inkrafttreten des Entsendegesetzes notwendigen Mindestlohn erdreistete sich Eichbauer (Präsident des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes) samt seiner Konsorten 15 DM vorzuschlagen. So auch Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Handwerksverbandes (hatte da nicht mal jemand einen Koffer-Raum in Mulhouse?). Resultat ist ein Stufenmodell, das vom 1. April an einen Stundensatz von 15.30 DM im Westen und 14.08 DM in den "fünf neuen Ländern" vorsieht. Diese Sätze sollen sich bis April 97 auf 18.60 bzw. 17.11 DM erhöhen. Bisher belief sich der unterste Lohn auf dem Bau für Dachdeckerhelfer auf 19.82 DM. Salbungsvoll wurde bei den Auseinandersetzungen um das Entsendegesetz immer wieder die Formel "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" benutzt. Als Floskel entlarvt sie sich, wenn mensch die bestehenden Lohnhierarchien sieht. "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" galt und gilt weder für Frauen noch für Flüchtlinge, und auch in der ehemaligen DDR ist es üblich unter Tarif zu bezahlen.

Tonangebend innerhalb der rassistischen Mobilisierung sind die Gewerkschaften, vor allem die IG Bau aber auch die GdP und der Dachverband DGB. So lancierte die IG Bau, daß hunderttausende ausländische Arbeiter illegal auf dem Bau arbeiten würden, während gleichzeitig 300 000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos seien. Im selben Zusammenhang ist dann auch von einem "illegalem Sumpf" die Rede.

Zusammen mit der GdP startete die IG Bau in diesem Jahr die Initiative "Sicherheit durch Zusammenarbeit in gemeinsamer Verantwortung für den Staat". Um die Fahndungsresultate der Polizei zu verbessern, sollen Vertrauensleute der IG Bau als Spitzel Vorfeldkontrollen auf den Baustellen durchführen. Diese Spitzel sollen in etwaigen späteren Verfahren auch als Zeuge zur Verfügung stehen. In ihren Informationsblättern ruft die IG Bau fortwährend gezielt zur Denunziation von "Schwarzarbeitern" auf. Die Bundesregierung stellte schon 1988 fest: "Hinweise, die zur Aufnahme von Ermittlungsverfahren führen, erhalten die Dienststellen für Arbeit jedoch nicht nur von Behörden, sondern häufig auch von Gewerkschaften, Betriebsräten oder Privatpersonen." Die GdP stach besonders durch Hetze gegen NordafrikanerInnen hervor, die sich doch tatsächlich den Status eines Europäers/einer Europäerin erschleichen, "indem sie sich als Angehörige ehemaliger Kolonialstaaten als Europäer ausgeben". Schon seit Mitte der 80er beteiligt sich der DGB an einer Aktionsgemeinschaft mit dem schönen Namen "Ehrliche Arbeitsplätze", die z.B. über Anzeigenkampagnen Stimmung gegen sog. "Leistungsmißbrauch" und "illegale Beschäftigung" macht. Der Hamburger DGB hat als weiteres Beispiel die Großrazzia in Kneipen und Restaurants im Rahmen der bundesweiten Schwerpunktaktion Ende März 95 mitinitiiert. Mitte 95 kam es zum großen gemeinschaftlichen Schulterschluß gegen "SozialbetrügerInnen". Der Hamburger DGB rief zusammen mit Vertretern der Wirtschaft, der Sozial-, Finanz-, Innen- und Jugendbehörde, Arbeitsamt, Zoll, Polizei, Staatsanwaltschaft, des Einwohnerzentralamtes und weiß der Henker wem noch ein "Bündnis für legale Beschäftigung" ins Leben. Der Kampf gegen die "Schwarzarbeit" wurde von Multimillionär und Wirtschaftssenator Rittershaus zur Überlebensfrage der ganzen Stadt gemacht. Eine schärfere Strafverfolgung wegen so wörtlich "großer Sozialschädlichkeit" der TäterInnen wurde erwogen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet. Ebenjenes Bündnis traf sich Ende Februar 96 auf Einladung des DGB zu einer nichtöffentlichen Sitzung im Gewerkschaftshaus, um ihr weiteres Vorgehen zu besprechen. Dies führte immerhin zu Protest von GewerkschafterInnen und einer Kundgebung am gleichen Tag. DGB-Chef Plumm wurde wegen seiner Politik angegriffen. Bei soviel Engagement aller Seiten konnte auch Hamburgs Bürgermeister Voscherau nicht zurückstehen. Diesem Kaspar ist wohl sein Postchen als finanzpolitischer Sprecher der Bundes-SPD zu Kopfe gestiegen. Er beschwor in letzter Zeit fortwährend die Volksgemeinschaft im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gefiel sich in der Verwendung der merkwürdigsten Begrifflichkeiten. Er forderte einen "Arbeitsplatzpatriotismus" der Unternehmen und warf Firmen bei Arbeitsplatzabbau "vaterlandslosen Kannibalismus" vor. Im selben Atemzug predigte er eine neue "solidarische Leistungskultur". Voscherau strengt auch in Hamburg ein sog. "Bündnis für Arbeit" an. In einem dazu verfaßten Grundsatzpapier taucht in der Aufzählung der zu ergreifenden Maßnahmen die schärfere Bekämpfung der "Schwarzarbeit" an zweiter Stelle auf. Er inszenierte einen Krisengipfel mit der IG Bau und outet "Sozialmißbrauch und Schwarzarbeit" als "sozialschädliches" Verhalten, dem man mit aller Härte des Gesetzes begegnen muß.

Wir denken daß in dieser Zeit des vom Kapital forcierten Prozesses der Entgarantierung und Deregulierung, wo nach dem Wegfall der sogenannten "Systemkonfrontation" dem "Zurückbau des Sozialstaates" (FAZ) bei gleichzeitiger rassistischer und sozialrassistischer Mobilisierung so gut wie nichts entgegengesetzt wird, Linksradikale

dieses Terrain nicht kampflos aufgeben sollten. Daß von unserer Seite entlang des Widerspruchs Kapital-Arbeit so wenig an Auseinandersetzungen läuft, hat sicher mit unserer (relativen) Privilegierung zu tun. Ein Großteil von uns ist finanziell abgesichert, sei es als Kind betuchter Eltern übers Erbe, aufgrund hoher Ausbildung, gutbezahlter und eifrig nachgegangener Lohnarbeit oder als Kleinunternehmer. Die Zeiten, als noch Parolen wie "Kampf der Lohnarbeit" in der Linken populär waren, sind vorbei. Die antiimperialistische Kampfforderung nach dem revolutionären 24-Stunden-Tag als auch das autonome Verlangen nach der kriminellen 35-Sekundenwoche sind verhallt. Viele von uns sind über halbwegs solidarische Szenestrukturen gesichert. Kaum jemand arbeitete in den Branchen, die in den letzten Jahren plattgemacht worden sind, ist in den Gewerkschaften wie der IG Metall organisiert und könnte dort gegen deren widerwärtige Kniefallpolitik ankämpfen, diese "Bündnisse für Arbeit", mit denen sich die Gewerkschaften den Bossen andienen, den Abbau des Sozialstaates mit durchzuführen, Arbeit zu flexibilisieren und den Lohnabbau/Lohndifferenzierung voranzutreiben. Das Zusammenstreichen der Sozialhilfe- und Arbeitslosengelder läßt die Szene kalt, da auf dem Sozi kaum noch jemand von uns zu finden ist, und illegalisierte MigrantInnen nehmen wir, wenn überhaupt, nur kurz wahr, falls wir in den Restaurants beim Speisen mal einen Blick in die Küche werfen.
Also, es gibt viel zu tun, Verbindungen knüpfen, Stellung beziehen, Angriffe zurückweisen und selbst angreifen.

-Schluß mit den Razzien

-Bleiberecht für Alle

-Freiheit für Safwan

-Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen

-Gruß und Kuß an die Untergetauchten

Stern  Schnuppen

AG Wildwuchs

Norderstedt bei Hamburg

15.4.96

Der Kampf ums KOMM

Die Luft für im weitesten Sinne als fortschrittlich zu bezeichnende Projekte und Einrichtungen in dieser Stadt ist in den letzten Jahren kontinuierlich dünner geworden. Kürzungen, Polizeieinsätze, Stellenstreichungen, die Politik von der Gesellschaft hervorgebrachte Probleme wie Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Suchtmittelabhängigkeit mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen, Stichwort saubere Innenstadt, all das hat uns Luft zum Atmen gekostet.



Donnerstag, 25. April 1996, Nr. 97 · S/R/D

FR

Kriminalität

Razzia am Bau deckt Schwarzarbeit auf

OBERHAUSEN (dpa). Bei einer der bisher größten Baustellenrazzien in Deutschland hat ein Sonderkommando der Bundesanstalt für Arbeit in Oberhausen massive Verstöße von Beschäftigten und Subunternehmern festgestellt. Elf Leute wurden festgenommen. Insgesamt stehen 150 Firmen und Bauarbeiter im Verdacht, illegale Verleihtätigkeit, Lohndumping oder Leistungsmißbrauch betrieben zu haben. In der Hälfte der Fälle seien sofort Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, teilt das Landesarbeitsamt Düsseldorf mit. Bei der Razzia auf Deutschlands zweitgrößter Baustelle „Neue Mitte Oberhausen", auf der ein Geschäfts- und Freizeitpark errichtet wird, waren 700 Arbeiter und 115 Firmen kontrolliert worden. An der Aktion waren insgesamt 300 Beamte verschiedener Behörden beteiligt.

Im Blickpunkt der in mehreren Bundesländern zum 1. April eingerichteten „Außendienstgruppen Bau" (AD Bau) der Bundesanstalt stehen unter anderem Subunternehmen aus Osteuropa.

Wen wundert's, "Contra KOMM, Pro Künstlerhaus", unter dieser Parole zog die CSU ja schon in den Wahlkampf.
Unterstützung und sicher auch ein paar Prozentpunkte erhielt sie dafür von der örtlichen Neonaziszene. "Das KOMM muß weg, wählt deshalb CSU und Scholz", die inhaltlichen Gemeinsamkeiten klar erkennend, hat das Bündnis aus zahlreichen rechtsextremistischen Organisationen mit Handzetteln und Plakatanschlägen seine Anhängerschaft an die Wahlurnen mobilisiert.
Doch zurück zum eigentlichen, die CSU hat seit 1973 immer wieder versucht uns den Garaus zu machen, nun - nach ihrem Nürnberger Wahlerfolg - sieht sie sich unmittelbar vor der Erfüllung ihres alten Traumes: Ein KOMM-freies Nürnberg!
Die CSU-Verantwortlichen stehen in den Startlöchern und lechzen danach, zum Vollzug zu schreiten: "Die Selbstverwaltung muß weg", "der Verein muß weg". Der Mietvertrag wird gekündigt. Kurz: Das KOMM kommt weg, so schallt es uns offen entgegen.

Das Unrecht geht heute einher mit
sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf
zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: so, wie es ist,
bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme
der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung
laut: Jetzt beginne ich erst; -
Aber von den Unterdrückten sagen viele
jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen
haben
Werden die Beherrschten sprechen ...

(B. Brecht)

Und da dem so ist, wird von uns auch statt ans Kofferpacken, an Widerstand, an einen Kampf ums KOMM gedacht. Wir haben so manchen Sturm gemeinsam durchgestanden, wir werden's auch diesmal gemeinsam angehen. Es wird keine Separatverhandlungen, kein "die müssen gehen, wir können bleiben", keine Spaltung und auch kein KOMM ohne Selbstverwaltung, als leere Hülle geben. Es ist, wie es immer war - eine Chance haben wir nur gemeinsam! Als eine der ersten Maßnahmen zum Erhalt des KOMM in Selbstverwaltung streben wir ein Bürgerbegehren zur Durchführung eines Bürgerentscheids an.
NUR MUT! und denkt alle daran:

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe
sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der
aufzuhalten sein?

(B. Brecht)

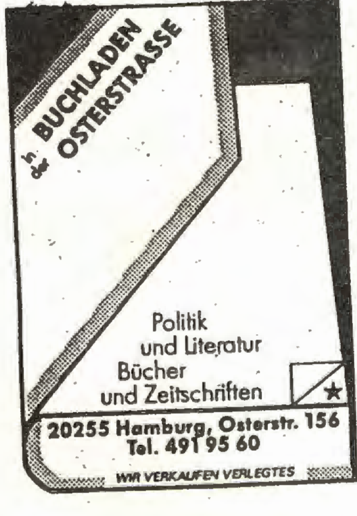
KOMM BLEIBT KOMM BASTA!!!





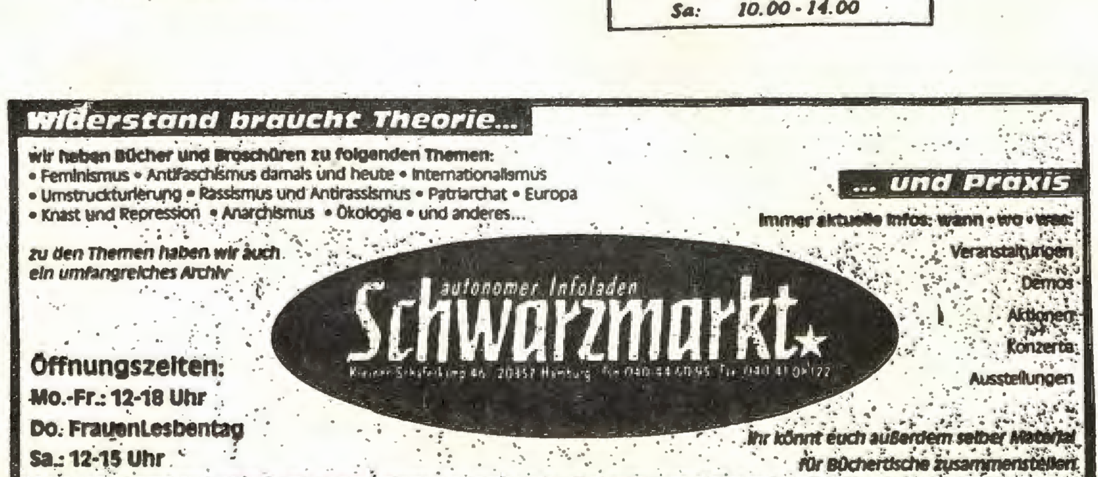
Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

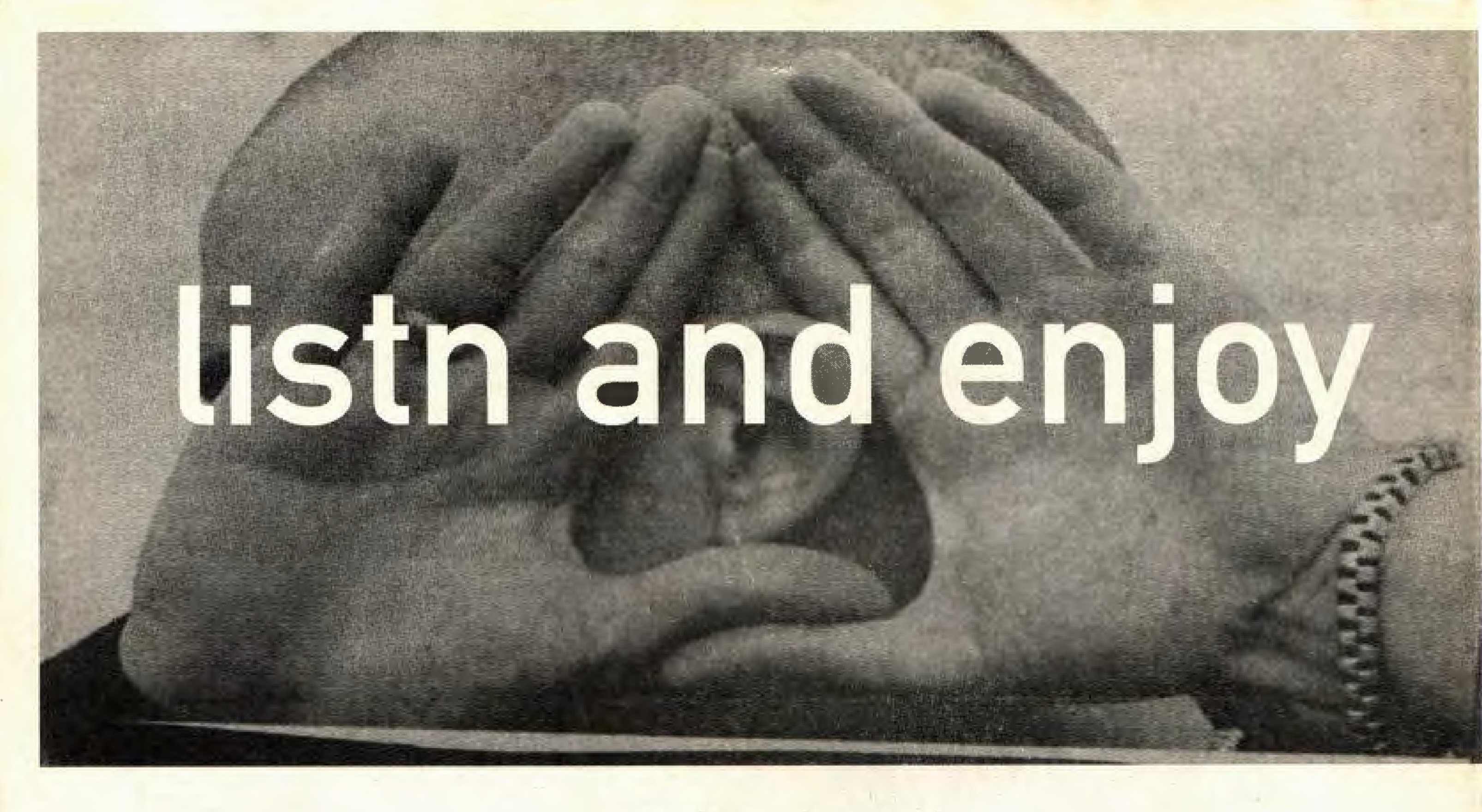












rote flora im mai

Fr.3.5. ab 21:00 Uhr Vollmondorchester
So 5.5. 11:00 Uhr Frauenfrühstück
Do. 9. 5. 20:30 Uhr Fokü Balagan, Film über ein israelisch-palästinensisches Theaterprojekt
So 12.5. 22:00 Uhr Bericht über die Situation von politischen gefangenen Frauen i.d. USA mit 2 Aktivistinnen aus San Francisco
12.5.-14.5. 20:00 Uhr, Das Lichthof Theater spielt ein Stück frei nach "Herr der Fliegen"
mit dem Titel "zehn minus zwei"
Mi 15.5. ab 21:00 Uhr Soliveranstaltung mit Konzert und Disco von und für FSK-Radio
Do 16.5. 19:00 Uhr Soli- und Informationsveranstaltung zu der Situation in Chiapas
So 19.5. 11:00 Uhr Frauenfrühstück
22.+23.5. 20:00 Uhr Theater "zehn minus zwei"
Fr. 24.5. ab 22:00 Uhr Flora-Soli von DUB HOUSE im Keller
Sa 25.5. 21:00 Uhr gr.Halle Konzert: "Stella and I" (Bern), "Tofu love frogs" (GB)
sowie Überraschungsgäste aus Amsterdam
So 26.5. ab 22:00 Uhr Shanty-Town-Soundsystem, Soliveranstaltung für den Aufbau F(lora)
Fr 31.5. ab 19:00 Uhr Tanzperformancepremiere mit Richard Lee
ab 21:00 Uhr Konzert "Tod + Mordschlag"
Sa 1.6. 19:30 Uhr Tanzperformance mit Richard Lee
danach Vollmondorchester
So 2.6. 19:30 Uhr Tanzperformance mit Richard Lee

B 5

Fr 10.5. Bad Kleinen und der Prozeß gegen Birgit Hogefeld,
Informations- und Diskussionsveranstaltung
17.5. Mobilisierungsveranstaltung zur Berliner Demonstration gegen die Nato-Tagung,
die im Juni in Berlin stattfindet
23./ 24./ 25.5. Antifaschistische Filmtage:"Der Holocaust im Film", jew. 19:00 Uhr B-Movie
23.5. Die Todesmühlen, USA/ D 1945, anschl. Referat "Dokument und Dramatisierung -
von der Reeducation zur Soap-opera"
24.5. Nacht und Nebel, F 1956, anschl. Referat "Die Distanz der Bilder"
25.5. Der gewöhnliche Faschismus, UDSSR, anschl. Referat
"Die Transparenz am Schneidetisch"